

Üblicher Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Einzelgegengehaltung beträgt für die fünfgesparte Petition oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Anserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 232.

Dienstag, den 4. Oktober 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Fleischwucher und Weltproduktion von Fleisch.

Bei den Debatten über die bestehende Fleischsteuerung muß ein wichtiges Moment in Betracht gezogen werden: es scheint in der Tat ein steigendes Mißverhältnis zwischen Produktion und Bedarf an Fleisch ganz allgemein sich geltend zu machen.

Der Hauptgrund ist die Zunahmendrängung der Menschen in den Städten. Die Städter haben von jeher mehr Fleisch konsumiert als die Landleute. Das erklärt sich aus den Bedingungen des Lebens in der Stadt: intensive, nervenzerrüttende Arbeit und der Natur zu widerlaufen Lebensbedingungen führen dazu, daß die Menschen ganz instinktiv zu dem einzigen Mittel greifen, ihre Lebenskraft zu steigern durch entsprechende Ernährung. Die Wissenschaft hat dann nur bestätigen können, daß der gesteigerte Fleischkonsum tatsächlich das rationelle Mittel ist, um die Schäden des Städtebens wenigstens zum Teil zu paßieren. Nun ist bekannt, daß in den letzten Jahrzehnten die Bevölkerung der Großstädte und Industriezentren in rascher Weise zunimmt. Daher muß der Fleischbedarf nicht im Verhältnis zu der Bevölkerungszunahme eines Landes steigen, sondern in ungleich schnellerem Tempo. Die Produktion steigt indessen nicht im gleichen Tempo. Die Viehhaltung passt sich der gegebenen Wirtschaftsform der landwirtschaftlichen Betriebe an und die Änderungen vollziehen sich hier nur allmählich. Zwar haben sich in der europäischen Landwirtschaft einige Änderungen vollzogen, die die Viehhaltung begünstigen. So die bessere Ausnutzung der Futtermittel infolge der Stallfütterung, die Ausdehnung des Anbaues von Hackfrüchten (Futterrüben), die Gewinnung von Futterstoffen aus den Abfällen bei der industriellen Verarbeitung von Agrarprodukten (Molasse, Schleims, Treber). Aber auf der anderen Seite haben sich auch Montante eingestellt, die auf Verminde rung der Viehhaltung einwirken. So vor allem die Auf hebung der Brache, die Methode des Umpflügens der Acker sofort nach der Ernte. Dadurch fällt das Weiden auf den Brachfeldern und den Stoppeln fort und das führt vor allem zur Reduzierung der Schafherden. In Deutschland ist zum Beispiel die Zahl der Schafe von 10 867 000 im Jahre 1897 auf 7 704 000 im Jahre 1907 zurückgegangen. Die Zahl der Kinder ist in der gleichen Zeit allerdings um 11,5 Proz. gestiegen, aber sie bleibt hinter der Zunahme der Bevölkerung zurück, die in der gleichen Zeit 16 Proz. betragen hat. Nur die Schweinehaltung hat in stärkerem Maße zugenommen. Um aber dem Bedarf zu genügen, mußte die Viehhaltung in stärkerem Maße zunehmen als die Volkszahl, sie mußte dem Anwachsen der Stadtbevölkerung angepaßt sein. Dabei bedeutet aber die Steigerung der Viehbestände um 11,5 Proz. noch keineswegs, daß auch die Fleischproduktion im gleichen Maße gestiegen, denn aus den Viehbeständen ist das Milchvieh auszuschließen.

So entsteht das Mißverhältnis, das in fast allen Ländern der kapitalistischen Kultur sich zwischen Produktion und Bedarf an Fleisch ergibt. Die Frage ist nun: haben wir hier mit einem „Naturgesetz“ etwa im Sinne der Malthusischen These vom „Abnehmen des Nahrungs spielraumes“ zu tun? Ist die Deckung des Bedarfs aus „natürlichen“ Gründen nicht möglich? Bei näherer Prüfung gelangt man unbedingt zur Verneinung der Frage.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Fleischproduktion unermöglich gesteigert werden kann. Es sind dafür zwei Wege gangbar. Einstens durch stärkere Ausnutzung der natürlichen Weide in den Steppenländern wie Russland, Süd- und Zentral-Amerika, Südafrika, Australien, zweitens durch Steigerung der Viehhaltung im Innlande.

Der erste Weg wurde in den letzten Jahrzehnten er schlossen. Noch vor 50 Jahren wurde auf den Pampas und Prärien Amerikas die volle Wirtschaft getrieben, indem man die Kinder aus den frei weidenden Herden schlächte, einzum um Hämme und Hörner zu gewinnen, die Kadaver blieben liegen und verwesten. Erst durch die Erfindungen Liebigs wurde es möglich, in wirtschaftlicher, lohnender Weise Fleischkonserve herzustellen und man begann, das Fleisch dieser Tiere zu verwerten. In den achtzig Jahren sah die sogenannte Kälteindustrie ein, es lang Einrichtungen zu treffen, um Fleisch längere Zeit in frischem Zustand zu erhalten; so begann der Massen transport von Fleisch aus Südamerika und Australien nach England.

Doch noch unermöglich viel mehr Fleisch auf diese Weise produziert werden kann, unterliegt keinem Zweifel. Die Steppen bieten Raum für unermöglich mehr Tiere,

als heute darauf weiden. Warum liegt also nicht sofort die erhöhte Produktion ein? Der Gründe dafür sind zweierlei: Erstens sperren die europäischen Staaten die Grenze gegen die Zufuhr ab. Es ist bekannt, in welch dummkopfiger Weise Deutschland hier vorgegangen ist. Man schuf das Fleischbeschluß, welches vorschreibt: die Tierkadaver müssen in solchem Zustand zur Untersuchung vorgelegt werden, daß Herz, Lunge und Nieren im natürlichen Zusammenhang verbleiben. Da es aber bisher nicht möglich ist, die geschlachteten Tiere in diesem Zustand in den Kühlräumen der Schiffe frisch zu erhalten, sondern jene Organe abgetrennt werden müssen, wenn das Fleisch nicht verderben soll, so kommt diese Bestimmung einem absoluten Einfuhrverbote gleich. Aber auch in anderen Staaten bestehende derartige erschwerende Bestimmungen. Deshalb bleibt der Markt beschränkt, das Entstehen großer Unternehmungen in der Steppenwirtschaft bietet also wenig Aussicht. Zweitens sind derartige Unternehmen sehr kompliziert. Es genügt nicht, daß jemand daran geht so und so viel Herden anzuschaffen, um sie in der Steppe weiden zu lassen, er muß auch über die entsprechenden Schlachthäuser verfügen, über Eisenbahnwagen und Schiffe mit Kühlvorrichtungen, Anlagen also, die Millionen kosten. Es sind daher die bestehenden Schlachthäuser und Transportmittel heute im Besitz von monopolistischen Trusts und diese haben ein Interesse daran, die Preise zu halten und zu steigern. Der nordamerikanische Trust hat bekanntlich seine Monopolstellung ausgenutzt, um die Preise horrend zu steigern, was schließlich zu dem Fleischboykott in verschiedenen Städten führte. Ähnlich, wenn auch nicht in diesem Maße, ist der Preis für überseeisches Fleisch in England gestiegen worden. Für die Monopolisten ist es natürlich profitabler, statt die Anlagen zu erweitern und mehr Fleisch zu liefern, die Preise in die Höhe zu treiben und so höhere Profite herauszuschlagen.

Der zweite Weg — die Vermehrung der Viehhaltung in den dicht bevölkerten Staaten — wird erst in allerneuester Zeit betreten. Es handelt sich dabei in gewissem Sinne darum, sich bei der Viehhaltung von dem versieglichen Boden zu emanzipieren. In der Regel hält der Landwirt so viel Vieh, als er mit den Futterstoffen aus dem eigenen Boden ernähren kann. Aber es ist durchaus nicht gesagt, daß das so sein muß. In Dänemark z. B. kann man die Beobachtung machen, daß ein Bauer auf 5 Hektar Land zehn, ja fünfzehn Kühe hält, was dem deutschen Bauer ganz ungeheuerlich erscheinen wird. Die Lösung des Rätsels ist aber sehr einfach; der dänische Bauer kauft halt Futterstoffe aus dem Auslande; auf eigenem Lande produziert er nur einen geringen Teil des Viehfutters, er dient ihm vorwiegend als Weide. — Dieses System, der auf Einfuhr von Futterstoffen ge gründete forcierte Fleischproduktion hat bisher am meisten Fortschritte in Dänemark, Holland und England gemacht.

Zahl und Menge dieser fremden Futterstoffe hat im Laufe der letzten Jahrzehnte beständig zugenommen. Da ist vor allem die gewaltige Steigerung der Einfuhr von amerikanischem Mais. Ferner ist Kleie in den letzten Jahren zu einem Handelsartikel von enormer Bedeutung geworden. Beständig ausgedehnt wird auch die Verwendung von Okuchen. In den letzten Jahren tauchte als Handelsartikel eine ostasiatische Hirseart, Gaolian genannt, auf, die bei ihrem niedrigen Preis und hohem Nährwert berühmt, dem Mais starke Konkurrenz zu machen. Auch mit der Einfuhr tropischer Pflanzen als Futterstoff werden Versuche angestellt, die Erfolg versprechen. Schließlich spricht die Technik mit, deren neuester Triumph auf diesem Gebiete die Herstellung der sogenannten Kartoffellocken ist: man entfernt aus den Kartoffeln das Wasser, das durchschnittlich 75 Proz. des Gewichtes der Knollen bildet und erhält so ein Produkt, das beliebig lange lagern kann und spart außerdem an den Frachtkosten. Auf diese Weise wird die Verlagerung mit Futterstoffen gesichert und das Beispiel Dänemarks beweist schlagend, daß bei den in Dänemark bestehenden Fleischpreisen, die um mehr als 50 Prozent niedriger sind als die deutschen, eine derartige Wirtschaft sich rentiert.

Freilich hat diese Wirtschaftsform zur Voraussetzung intelligente Landwirte, die nicht am althergebrachten Schleddrian hängen. Ferner ist eine gewisse Ausbildung des Genossenschaftswesens notwendig, damit die importierten Futterstoffe nicht übermäßig durch den Zwischenhandel verteuert werden. Drittens ist eine Umgestaltung des landwirtschaftlichen Betriebes in kapitalistischer Richtung notwendig: es gilt den Rohstoff (Futter) zu kaufen, um Fleisch zu produzieren. Das Bestreben von künstlich durch Grenzsperrern und Zölle gesteigerten Viehpferzen ist allerdings kein Mittel, die Landwirte zu solchen neuen Formen der Wirtschaft zu bringen. Vor allem aber besteht in Deutschland ein Hindernis in den Zöllen auf Futterstoffe,

besteht doch ein Zoll auf den bisher wichtigsten ausländischen Futterstoff, den Mais, in Höhe von drei Mark pro Doppelzentner, während die Ware im Durchschnitt der letzten zehn Jahre unverzollt in Bremen 10,57 Mk. kostete. Nahezu ein Drittel des Preises beträgt also der Zoll! Solange derartige Zustände bestehen, ist freilich die Hebung der Viehhaltung auf dem Wege der Einfuhr von Futterstoffen unmöglich.

Aber nicht die „natürlichen Bedingungen“ verschulden es, wenn die Produktion von Fleisch nicht mit dem Bedarf in Einklang gebracht werden kann, sondern die Monopolwirtschaft, die Wucherpolitik. Es kann nicht die Produktion von Fleisch aus der Steppenwirtschaft steigen, so lange eine Bande von Monopolisten die hierzu nötigen Anlagen beherrscht, es kann auch die Eigenproduktion Deutschlands nicht steigen, so lange die wahnsinnige Politik des Warenwuchers aufrecht erhalten wird.

Indem jedoch die Agrarier sich darauf berufen, daß die Fleischpreise allgemein und nicht nur in Deutschland steigen, schlagen sie sich selbst ins Gesicht. Denn wenn es richtig ist, daß ein solches Steigen stattfindet, so wird der Zollwucher doppelt und dreifach zum Verbrechen. Man mag mit Scheingründen eine Zollpolitik verteidigen, die darauf abzielt, die inländischen Produzenten vor einem Sinken der Preise unter die Produktionskosten zu schützen. Wenn aber von einer „Schleuderkonkurrenz“ des Auslandes nicht die Rede ist, wenn der Weltmarktpreis steigt, dann ist der Zoll offenbar ein Mittel, nicht die Produktionskosten und normalen Profit zu sichern, sondern ein Mittel den Profit zu steigern, zu steigern auf Kosten der Ernährung der Massen, also auf Kosten der Lebenskraft des Volkes.

Der Kampf im Metallgewerbe beginnt.

Gestern ging folgende Meldung des Wolffschen Telegraphenbureaus in die Welt hinaus:

Hamburg, 3. Oktober. Die Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen in der Werftindustrie wurden heute in den Räumen des Arbeitgeberverbandes Hamburg-Altona fortgesetzt. Wie wir erfahren, wurde der Standpunkt der beiden Parteien und die Materie selbst nochmals durchgesprochen, jedoch hat sich an dem Ergebnis der bisherigen Verhandlungen nichts geändert. Ob eine neue Zusammenkunft stattfindet, hängt von der auf heute abend andauernden Versammlung der Werkarbeiter ab, woselbst die Arbeitervertreter Bericht erstatten.

Ein endloser Menschenstrom nahm gestern in der neunten Abendstunde seinen Weg durch die Drehbahn, wo „Sagebiels Etablissement“, Hamburgs größter Versammlungssaal, sich befindet. Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes waren es, die aus allen Stadtteilen herbeiströmten, um Gewaltigkeit zu erlangen über das Ergebnis der Verhandlungen, die zur Beilegung des nun schon acht Wochen andauernden Riesenkampfes auf den Werften führen sollten. In ernstem Schweigen drängte sich die Menge durch die Pforten des Saales, der schon vor der für den Beginn der Versammlung festgesetzten Zeit dicht gefüllt war. Mit gespannter Aufmerksamkeit lauschte die Riesenversammlung den Worten des Bevollmächtigten Otto Franz, der in kurzen, markigen Sätzen seinen Bericht über den Stand der Werkarbeiterbewegung und die vom Gesamtverband der Metallindustriellen angedrohte Aussperzung gab.

Anschließend an die früher erstatteten Berichte führte der Redner den Zuhörern den weiteren Verlauf dieses gewaltigen Kampfes vor Augen. Nach dem Seitenstand durch einen unparteiischen Dritten angebahnten Verständigung, das seitens der Werftbesitzer durch das Verlangen, die nationalen (gelben) Vereinsvertreter anzuerkennen, provoziert war, warf man sich mit aller Wucht auf die Herausforderung von Streikbrechern. Der Erfolg war augerst minmal, die angeworbenen Arbeitswilligen zur Ausführung der dringenden Arbeiten unbraubar. Die Polizei half nach besten Kräften. Täglich kamen Sitzungen und Verhaftungen von Streikposten vor. Streikbrecheragenten entfalteten eine ehrliche Tätigkeit, um Werftbesitzern zu helfen und dafür die üblichen Silberlinge einzubringen. Alles umsonst! Die Streikenden standen und stehen einig und geschlossen und vereiteln den Plan der Unternehmer und ihrer Helfershelfer. Der Versuch, Streikarbeit in anderen Betrieben einzuführen, wurde, wenn nötig, durch Sanktionierung der Arbeit und Raumung dieser Betriebe abgewehrt. Diese vorgedrückten Be mühungen zwangen die Gruppe Deutscher Seeschiffsmaschinenbau, hilfesuchend an den Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller

zu wenden. Die von diesem eingesetzte Vertrauenskommission beschloß dann am 22. September, falls nicht bis zum 8. Oktober eine Entlastung erzielt sei, an genannter Tage 60 Prozent aller Metallarbeiter Deutschlands anzusperren. Mit diesem Beschluß erging auch an den Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eine Anfrage, ob die Arbeitersorganisationen zu Verhandlungen mit dem Gesamtverband bereit seien. Die Antwort lautete wie vorher zustimmend. Die so zustande gekommenen Verhandlungen begannen am 26. September in Berlin und wurden am 28. September dort fortgesetzt. Eine am 2. Oktober in Hamburg tagende Werftarbeiter-Konferenz erklärte das Ergebnis für ungünstig und beauftragte die Unterhändler weiter zu verhandeln. Die fortgesetzten Verhandlungen am heutigen Tage (8. Oktober) konnten nicht abgeschlossen werden und sollen möglicherweise gehen. So liegen die Dinge. Über den geführten Verhandlungen aber schwiebt die drohte Aussperrung, die vielleicht am Sonnabend schon perfekt ist (Große Bewegung). Eine Drohung, die jedenfalls die Arbeiter bei den Verhandlungen irritieren und mutlos machen sollte. Das Gegenteil ist eingetreten. Die in den Werkstätten und Betrieben erfolgten Anschläge haben eine gewaltige Eregung unter den Kollegen hervorgerufen. Alle drängen darauf, die Aussperrung anzunehmen und dieser rigorosen Maßregel der Unternehmer Trotz zu bieten. Gofsten die Unternehmer ihre Androhung wahr machen, so erfährt der Kampf eine gewaltige Aussicht. Wir haben einen Streik von solchem Umfang, wie den jüngsten Werstarbeiterstreik, noch nicht gehabt, aber die angekündigte Aussperrung wird ihn noch bei weitem übertreffen. Jieka 400 000 Mann sollen ausgesperrt werden, damit die Hamburger Werstarbeiter zu Kreuze kriechen. Für das, was wir wollen, will man ganz unbeteiligte Personen, die deutschen Metallarbeiter, im ganzen Reich verantwortlich machen. Das ist ein ungeheuerliches Vorhaben. Aber wir sind auch darauf gerichtet. Das gesamte deutsche Proletariat steht uns solidarisch zur Seite. (Bravo!) Der Vorstand unseres Verbandes hat beschlossen, die Aussperrung anzunehmen. (Brausender Beifall.)

Das wäre es gewiß lieber gewesen, wenn ein ehlicher Friede zustande gekommen wäre. Nun es aber einmal so sein soll, ist es uns auch recht. Für viele Arbeiter, die noch nicht wissen oder nicht wissen wollten, wohin sie gehören, wird es sogar gut sein, daß es einmal so kommt. (Beifall.)

Der außerordentliche Kampf, der uns aufgezwungen ist, erfordert natürlich auch außerordentliche Maßnahmen. Für selbstverständlichkeit erachten wir, daß alle Beamten des Verbandes bei Beginn der Aussperrung auf ein Monatsgehalt verzichten. (Bravo!) Für selbstverständlich halten wir ferner, daß alle Kollegen ohne Widerrede damit einverstanden sind, daß während der ersten vierzehn Tage keine Unterstützung gezahlt wird. Wo nicht ausgesperrt wird, haben die Kollegen ruhig weiterzuarbeiten. Die in Arbeit stehenden Kollegen müssen bis auf weiteres einen Tagelohn pro Woche an die Verbandskasse abführen. Der Hauptvorstand wird aufgefordert, nunmehr unverzüglich einen Extrabeitrag für das ganze Reich auszuschreiben.

Das sind die außerordentlichen Maßnahmen, die wir Ihnen vorschlagen. Wir wissen nicht, wie lange der Kampf dauern wird. Aber wir wissen, daß er uns außergewöhnliche Pflichten auferlegt. Die gesamte deutsche Metallarbeiterföderation will jetzt den Kampf mit uns führen. Da darf von unserer Seite nichts geschehen, was den Ausgang des Kampfes gefährden kann. Wir müssen alles tun, was uns den Sieg sichern kann. Wie der Sieg sein wird, läßt sich nicht vorher sagen. Aber den Erfolg werden wir haben, daß die Herren der Werften künftig doch nicht mehr jede unserer Forderungen mit einer Aussperrungsdrohung beantworten. (Donnerndes Bravo!) Es bedarf keiner Worte mehr, wir wollen handeln und wollen den Kampf so führen, daß die Werftbesitzer, wenn er vorüber ist, mit Schaudern an ihn zurückdenken. (Lobhafter Beifall.)

Als der Vorsitzende nunmehr die Versammlung zur Entscheidung darüber auffiel, ob sie — ohne weitere Diskussion — sich mit den Vorschlägen der Verwaltung einverstanden erklären wolle, erhob sich ein Walb von Händen. Die Vorschläge sind einstimmig angenommen, konstatierte der Vorsitzende. Unter dem erhebenden Eindruck dieser Abstimmung brach die zirka 5000 Köpfe zählende Versammlung in stürmische Bravorufe aus. Noch einmal richtete sodann der Vorsitzende ein Wort der Erinnerung an die Massen. So wie die Werstarbeiter bisher in unsterblicher Geduld und Ruhe ihren Kampf geführt, soll es auch während der Aussperrung bleiben. Kühle und kaltblütigkeits wird allen zur Pflicht gemacht. Nur die Disziplin der Arbeiter kann den Sieg bringen, nur sie kann dazu führen, daß die Scharfmacher, die jetzt die Aussperrung initiierten, später mit Schaudern an diese Machtprobe zurückdenken.

Mit brennenden Hochrufen auf den Deutschen Metallarbeiterverband endete hierauf die denkwürdige Versammlung.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Wahlmauer-Nachwahlen in Berlin.

Im vierten Landtagswahlkreise standen Montag die Wahlmauer-Nachwahlen für die bevorstehende Landtagswahl statt. Die Sozialdemokratie gewann in der 1. Abteilung 1 Mandat, verlor in der 2. Abteilung 1 Mandat und gewann 7 Mandate. Die Sitz der 3. Abteilung und vornehmlich behauptet worden. Dieses Resultat ändert allerdings nichts daran, daß die Freisinnigen weiter noch die Mehrheit der Wahlmauer haben.

Noch eine Nachwahl zum Reichstag.

Der konservative Reichstagsabgeordnete Arendt ist am Montag gestorben. Arendt vertreibt den Wahlkreis Lübeck-Behlau. Er wurde dort mit 11 575 Stimmen gewählt gegen 3179 Stimmen, die auf den Sozialdemokraten und 1760 Stimmen, die auf einen Freisinnigen gingen. Bei der Wahl im Jahre 1903 brachten es die Konservativen auf 7127 Stimmen, der Sozialdemokrat auf 5066, der Freisinnige auf 2021, sodass die Aussicht besteht, daß wie bei der bevorstehenden Erfahrung sicher in die Wahlniederlage der Konservativen kommen könnte.

Der nationalliberale Parteitag.

Der Schluss des nationalliberalen Parteitags, der am Sonntag in einer zweiten Sitzung erfolgte, war noch um einige Nuancen reaktionärer als die erste Sitzung vom Sonnabend. Der preußische Landtagsabgeordnete Dr. Schröder-Kassel hielt einen Vortrag über Mittelstands-politik und erging sich dabei in so uralt abgestandenen Redensarten von der Mittelstandsfeindlichkeit der Sozialdemokraten, daß man danach schon seine positive Forderung beurteilen kann. Was er verlangte, waren rein züflässige Maßnahmen, wie man sie früher nur bei den ganz rückständigen konservativen und antisemitischen Mittelständlern zu suchen gewöhnt war. Natürlich legte er sich auch für die "armen" Hausbesitzer ins Zeug. Die Bedeutung des Genossenschaftswesens zu begreifen, war dem Redner ganz unmöglich. Für ihn handelte es sich darin nur um Konkurrenzunternehmen gegen den Mittelstand, die vom Staat, wie von der nationalliberalen Partei bekämpft werden müssen. Am liebsten hätte er die Beamtenkonsumvereine verbieten. Als eine direkte Gefahr für den Staat seien die sozialdemokratischen Konsumvereine anzusehen, nicht nur wegen der großen Zahl ihrer Mitglieder, sondern auch, weil die Sozialdemokratie Zielbewußt diese Konsumvereine in ihrem Dienst stelle. Diese Arbeiterkonsumvereine seien deshalb nicht nur eine schwere Gefahr für den Kleinhandel, sondern auch für das gesamte Staatswesen. Der Mittelstand sei das beste und stärkste Volkwerk gegen die rote Flut und wer für den Mittelstand kämpft, kämpft gleichzeitig gegen den Umsturz.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Findele-Einbeck übertrumpfte den Mann aus dem preußischen Dreiklassenhaus noch. Er erklärte: "Wir müssen dem vermögenden Mittelstand vor allem helfen, denn wer kein Vermögen hat, hat auch kein Interesse am Staat." Als Dhoruse auf diese Bemerkung erwiderte und sich einiger Widerspruch zog, versicherte Herr Findele noch einmal mit erhobener Stimme, daß die Nationalliberalen unbedingt ein Interesse daran haben, dem Handwerk wieder zur Blüte zu verhelfen, weil derselbe, der nichts hat, auch kein Interesse am Vaterlande habe. In der vor dreiviertel geleerten Saale geführten belanglosen Diskussion wurde die Frage des Privatbeamten schutzes und des Schutzes der Ärzte und Apotheker besprochen. Eine Beschlusssitzung zur Frage des Mittelstandschutzes erfolgte nicht. Der Parteitag, den der Vorsitzende Hebel-Kassel auf dem Festmahl als Bassermanntag bezeichnete, wurde sodann geschlossen. In einigen weiteren Vergnügungsveranstaltungen wird man sich weiter begeistern über die "gewaltige Bedeutung und Erfolge" der nationalliberalen Tagung.

Wieder ein russischer Grenzwischenfall.

Der "Börsischen Zeitung" wird aus Myślowic von einem neuen Grenzwischenfall gemeldet: Drei Berliner Kaufleute kamen an der Drei-Kaiser-Ecke aus Versehen bis an die russischen Grenzpähle, erblickten dort einen Kosaken, den sie um Auskunft fragen wollten und der sie ohne weiteres mitnahm und in das Gefängnis in Bendzin transportierte, wo sie sich am Sonnabend abend noch befunden haben. Nur dem Umstand, daß die drei Männer den Kosaken ruhig folgten, haben sie es zu verdanken, daß sie nicht in der an der russischen Grenze sonst üblichen Weise behandelt worden sind.

Wie "liberal" das Reichsvereinsgesetz ausgelegt wird.

Die Bromberger Strafkammer hat den Genossen Stoessel-Bromberg wegen Nichtanmeldung einer Gewerkschaftsversammlung, an der nachgewiesenermaßen nur Gewerkschaftsmitglieder teilgenommen haben, wegen Übertretung des Reichsvereinsgegesetzes zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt, und zwar, weil in der Versammlung das Reichsvereinsgesetz besprochen wurde. Damit sei, so führte das Gericht aus, der Charakter einer "politischen" Versammlung gegeben. Umsonst war der Hinweis des Genossen Stoessel, daß in der Versammlung den Versammelten nur auseinandersetzt worden ist, welche Rechte sie nach dem Vereinsgesetz haben. Die Strafkammer stellte sich auf den Standpunkt, daß die Besprechung des Reichsvereinsgegesetzes "politisch" sei. — Damit stellt sie sich in direktem Widerspruch zu der Ausschaffung des Breisacher Oberlandesgerichts, das eben erst entschied, daß eine Versammlung nur dann eine politische ist, wenn der Zweck der Zusammenkunft ein politischer war.

Landrätilicher Kampf gegen die rote Flut.

Im Kreise Westhavelland, in dem der Sozialdemokratie kein einziges Lokal zur Verfügung steht, war es gelungen, ein Grundstück für die Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel zu gewinnen. Die Versammlung sollte für mehrere Orte in Bagow abgehalten werden. Der Amtsrichter untersagte die Versammlung mit der Motivierung, in Bagow seien Diphtherie-Erkrankungen vorgekommen. Tatsächlich war dort eine Frau an Diphtherie erkrankt, aber seit Wochen wieder gesund. Außerdem waren in einem von Bagow eine Viertelstunde entfernten Ort zwei Kinder von der Krankheit betroffen. Weder die Schule war deswegen geschlossen worden, noch hatten die Krankheitfälle von einer starken militärischen Einquartierung in dem Orte abgehalten. Eine Beschwerde an den Landrat war selbstverständlich erfolglos.

Polizeiherrschaft im Berliner städtischen Viehhof.

Der Berliner städtische Viehhof ist gesperrt worden, weil die Maul- und Klauenpest dort herrscht. Über die Ursache zu dieser Sperrung wird folgende unglaubliche Geschichte erzählt:

Das frische Vieh ist trotzdem es bereits als solches erkannt war, auf Veranlassung der königlichen Veterinärpolizei vom Magazinviehhof in Friedrichsfelde, der unter der Verwaltung der brandenburgischen Landwirtschaftskammer steht, nach dem städtischen Viehhof gebracht worden, um dort im Seuchenhof abgeschlachtet zu werden. Wenn das Vieh auf dem Magazinviehhof in Friedrichsfelde getötet worden wäre, würde eine Sperrung des Berliner Viehhofes nicht nötig gewesen sein. Die Überführung des frischen Viehs nach dem städtischen Viehhof ist vom Minister des Innern genehmigt worden, ohne daß der städtischen Verwaltung auch nur Mitteilung gemacht worden wäre. Die Veterinärpolizei hat dem Direktor des

städtischen Viehhofes sogar den Betritt zu dem Seuchenhof verwehrt, trocken es sich um eine städtische Anstalt handelt."

Gegen diese ungeheurenschen Maßregeln der Regierungsorgane zugunsten eines agrarischen Instituts ist Beschwerde beim Polizeipräsidium erhoben worden. Ob freilich bei den in der preußischen Regierung herrschenden Anschaulungen diese Beschwerde etwas nützt, ist eine andere Frage.

Abg. Müller-Meinungen gegen die Sozialdemokratie.

Herr Dr. Müller-Meinungen ist in tausend Augenblicken um sein Reichstagsmandat, und um sich dieses zu erhalten, ist er bereit, sich auch der finsternen Reaktion zu verschreiben. Seine Wahl hängt davon ab, daß ihn die Nationalliberalen schon im ersten Wahlgang unterstützen. Um sich dieses Wohlwollen der Nationalliberalen in Meinungen zu erhalten, brachte er es als lästiglich der Nachwahl in Erscheinung fertig, für die Aufstellung eines der nationalliberalen Partei angehörigen Mitgliedes des Bundes der Landwirte einzutreten; allerdings ohne Erfolg. Seit hat sich dieser überreifte Politiker, der im Reichstag sich den Beinamen "Pimpler Wichtig" erworben hat, wieder einmal in recht bezeichnender Weise vernommen lassen. In einer in Sonnenberg stattgefundenen Versammlung erklärte er nämlich, nach dem Magdeburger Parteitag sei es den Fortschrittern unmöglich, bei den kommenden Reichstagswahlen mit den Sozialdemokraten zusammenzugehen. — O, Pimpler Wichtig! Wer aus den Reihen der Sozialdemokratie hat denn ein unabdingbares Zusammensehen mit dem Fortschritt, dieser jämmerlichen Spiesart des Liberalismus verlangt? Der ganze Fortschritt hätte bequem in einem Omnibus Platz, wenn ihn die Sozialdemokratie bei den Stichwahlen seinem Schicksal überlassen würde. Aber Herr Müller-Meinungen hat damit wieder einmal den Agrarern bewiesen, welch ein stockreaktionärer Knopf er ist und wenn es nicht schließlich doch noch schief gehen sollte, dann humpelt dieser "bedeutende" Politiker bei den kommenden Wahlen wieder auf nationalliberalen und agrarischen Krücken noch einmal in den Reichstag.

König Landrat:

Die "Wittgensteiner Blg." teilt mit, daß in der Anlegeszeitung des bekannten eigenmächtigen Landrats Dr. Schröder die Staatsoanwaltschaft einem Einwohner von Berleburg auf dessen Anzeige hin bekannt gab, sie werde gegen Schröder, sobald die Prozeßakten vom Reichsgericht zurückgekommen seien, ein Ermittlungsverfahren wegen Stötigung einleiten. — Von anderer Seite erfahren wir ferner, daß gegen denselben Landrat auch ein Verfahren wegen falscher Zeugenaussage vor Gericht schweben soll.

Der Arbeiter-Gesangverein als nicht genehmigte "Unterrichtseinheit".

Genosse Cieslak ist Dirigent eines Arbeitergesangvereins, dem auch eine Anzahl jugendlicher Arbeiter — natürlich nicht etwa schulpflichtige Kinder — angehören. Im Monat Januar erhielt er nun 2 Strafmandate über zusammen 600 Mk. mit der Androhung sofort seine Tätigkeit beim Arbeitergesangverein, die sich als unerlaubte Unterrichtseinheit darstellen, einzustellen, widrigefalls im Falle der Zahlungsunfähigkeit eine Haft von 50 Tagen vollstreckt würde. Alle Beschwerden gegen dieses Vergehen der preußischen Unterrichtsverwaltung wurden abgewiesen und Cieslak am 8. Mai in Haft genommen. Nach 24 Tagen wurde er auf Beschwerde seines Rechtsanwalts aus der Haft entlassen. Er nahm seine Tätigkeit wieder auf und erhielt daraufhin folgende neue Verfügung:

Oppeln, den 17. 9. 1910.

Königliche Regierung

Abteilung für Kirchen und Schulwesen.

Sie haben trotz des in unserer Verfügung vom 7. Dezember 09 II E. V. 2466 ausgeprochenen Verbots am 14. August ds. J. in dem Saale des Gastwirts Freund in Zaborze B. an jugendliche Personen Gelangunterschrift erteilt. Es wird daher für diesen Fall der Zu widerhandlung die Ihnen durch die vorerwähnte Verfügung angedrohte Geldstrafe von 300 Mk. an deren Stelle im Nichtbeteiligungsfall für je 12 Mk. ein Tag Haft tritt, hiermit festgesetzt. Mit der Einziehung der Strafe haben wir den dortigen Magistrat beauftragt, an den die Geldstrafe bei Vermeidung der zwangsweisen Beteiligung 2 Wochen von Tage der Zustellung an gerechnet, abzuführen ist. (Unterschrift).

Wir wiederholen, es handelt sich keineswegs um Kinder und natürlich auch nicht um eine Unterrichtseinheit, sondern um einen Gesangverein, in dem Lieber eintritt, geübt werden, wie in jedem anderen Gesangverein auch. Es ist noch nie einer Behörde eingefallen, solche Gefangenungs-Übungsstunden für Unterrichtsstunden zu erklären, freilich hier handelt es sich um einen Arbeit-Gesangverein.

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer des Gewerkschaftskartells und Arbeitsekretariats wird heute, Dienstag, den 4. Oktober, von abends 8 Uhr an, zur Entgegennahme der Beiträge im Gewerkschaftshaus anwesend sein.

Die Fortschreibung der Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins, welche gestern abend der vorgerückten Zeit wegen verlängert wurde, findet am kommenden Donnerstag abend 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus statt.

Der Sozialdemokratische Verein hielt gestern abend im Gewerkschaftshaus eine ziemlich gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende gedachte zunächst der verstorbenen Genossen Blöss und Röske-Hamburg, deren Andenken in der üblichen Weise geachtet wurde. Aus der Abrechnung vom 3. Quartal, die der Genosse Brömmel gab, ist zu entnehmen, daß die Einnahme inkl. des Kassenbestandes vom 30. Juni 10 581,60 Mk. betrug, der eine Ausgabe von 1613,95 Mk. gegenüberstand. Der Kassenbestand stellte sich demnach am 30. September auf 6967,65 Mk. Die Mitgliederzahl ist von 3720 auf 3912 gestiegen. Mit einem Defizit von 69,90 Mk. schloß die Abrechnung von der Kassenfeier ab, welche vom Genossen Molkenbohm gegeben wurde. Darauf erhielt der Genosse Schwanack das Wort zur Berichterstattung über den Internationalen

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 232.

Dienstag, den 4. Oktober 1910.

17. Jahrg.

Die russische Zuchthausregierung.

Vor kurzem versandte die russische Regierung an eine Reihe der größten ausländischen Zeitungen einen ausführlichen Bericht, in welchem Mitteilungen über die Greuel in den russischen Gefängnissen als "Verleumdung" und "Übertreibung" dargestellt wurden. Dieser Bericht, dessen Veröffentlichung in der ausländischen bürgerlichen Presse der russischen Regierung offenbar viel Mühe und Opfer gekostet hat, war nichts anderes, als eine Übersetzung des samojoschen Regierungsberichts in der "Rossija", dessen lugnerischen Charakter wir an der Hand offizieller Daten bereits im Mai ds. Jrs. aufgedeckt hatten. Nun liefert die Hauptgefängnisverwaltung durch die Veröffentlichung der Ergebnisse einer Enquête über den Zustand der russischen Gefängnisgebäude, trotz der Zurückhaltung der offiziellen Autoren und der Begrenztheit der genannten Enquête, ein Material, das mit dem Inhalt des offiziellen Reinwaschungsversuches in krassem Widerspruch steht und die wirklichen Zustände in den russischen Gefängnishöhlen grell beleuchtet.

Die offizielle Enquête erstreckte sich, wie erwähnt, nur auf die Gebäude, ohne auf die in diesen Gebäuden internierten Menschen, auf deren elende Versorgung und unerhörten Qualen Rücksicht zu nehmen. Aber auch aus den toten Zahlen dieses Berichtes sprechen die entsetzlichen physischen und moralischen Leiden der Gefangenen, die von der Regierung des Zaren, selbst nach dem Auspruch der "Novaja Wremja", ärger als das Bieh behandelt werden.

Nach den Angaben der offiziellen Enquête, die offenbar nicht für die Veröffentlichung bestimmt war, ergibt sich folgendes Bild der Zustände in den russischen Gefängnissen: Die Gefängnisse sind allerorts so überfüllt, daß sie zu Bruststätten der furchtbaren Krankheiten werden. Diese Überfüllung wird durch folgende Zahlen illustriert: Im Gefängnis zu Baku waren anstatt 327 — 1324 Gefangene interniert, in Sekatrinowsk waren es statt 571 — 1000, in Poltawa statt 232 — 490, in Tschita statt 236 — 400, in Kujais statt 274 — 760 usw. In endloser Reihefolge. In welchem Zustande sich die Gefängnisgebäude befinden, ist aus folgendem ersichtlich: In Aksai ist nach der Charakteristik der Hauptgefängnisverwaltung „das Gefängnisgebäude so verfallen, daß die Wände nur mit Hilfe einer dicken Lehmschicht auf den Wänden aufrecht erhalten wird. Das gesamte Dach ist verfault und läßt den Regen fortwährend durchstecken.“ In Astra nahm befindet sich das Gefängnis auf der ungesündesten Stelle und ist vollkommen feucht. In Schitomir ist nur ein finsterer Karzer vorhanden, der für Gefangene vollkommen ungeeignet und außerordentlich feucht ist. In einem Gefängnis des Gouvernements Elisabeth entfällt auf jeden Gefangenen nicht mehr als 0,04 Kubikarschin Luft an Stelle der vorgeschriebenen 1,14 Kubikarschin. Infolge der antisanitären Verhältnisse sind in diesem Gefängnis Rheumatismus, Hautkrankheiten und Skorbut fortwährend epidemisch. Auf der Katorga zu Nerjinsk sind die Fußböden verfault und die Decken durchlüftet. Man könnte diese Stichproben aus dem offiziellen Bericht bis zur Endlosigkeit fortführen. Sie alle zeigen zur Evidenz, daß die russische Regierung sich zwar alljährlich 30—33 Millionen Rubel für den Gefangenennetz bewilligen läßt, daß aber diese Millionen bei weitem nicht ausreichen, um die Gefangenen des Zaren auch nur im entferntesten Maße in menschenwürdige Verhältnisse zu setzen.

Saat und Ernte.

Eine Landgeschichte von Walter Treumann und

2. Fortsetzung.
(Nachdruck verboten.)
Trotz Bitten und Flehens seiner Frau und Hans Hinckerts machte sich der alte Dornmann frühmorgens zur Arbeit bereit. „Erat' mi tofräden“, sagte er, „ich will ehr wiesen, dat ich milnen Mann stahn kann“. Als Burmeister die Arbeitsteilung vornahm, kam Dornmann mit zum Umpflügen des Rapsfeldes, während Hans Hinckert Dung auf dem Brachfeld für's Winterforn streuen mußte.

Kaum hatte die Arbeit begonnen, da war auch schon Inspektor Düwel auf dem Acker und revidierte. Zu seiner Überraschung fand er hinterm Pflug den alten Dornmann, den er frisch gewählt und den er im Laufe des Vormittags zu besuchen beschlossen hatte.

Dornmann, gestern Nachmittag wollt dat woll nicht mihr, wat? Na, he soll leichtere Arbeit dohn. Hett he sic dat nu all überlegt?

Den Alten traf jedes Wort wie ein Sensenhieb. Mit wütendem Blick sah er zu dem Inspektor auf. Der war sich der Unwahrsagtheit seiner Rede voll bewußt, als er begütigend hinzufügte:

Na, dat is schön! Mak he en Paus, wenn em dat hier to swer ward. Un hüt Nachmiddag schüsselt he en bätten upp'n Kurnblin rüm.

Gleißsam achlos ritt Inspektor Düwel weiter. Während Dornmann ihm so nachsah, erlosch der Lebensfunke in seinen Augen, der Wille darinnen starb.

Watt wier dat äwer Nacht so lud? Röpert se nich all, dat he dod is? murmelte der alte Mann vor sich hin. Möglich überlant ihn ein Schüttelfrost, daß ihm die Kiefer aufeinander schlügen. „He is dod, ganz dod.“ wiederholte er in schwermüdigem Trübsinn. Dann verließ er den Pflug und ging übers Feld in Richtung Vandelsbomm. Hier und dort rief ihm einer etwas zu. Er hörte es nicht. Später haben sie sich Vorwürfe gemacht, ihn nicht angehalten zu haben.

Die beiden alten Frauen und Papenhausen im Vandelsbomm waren längst munter und erzählten von den Gemütern, die sie in ihrer Jugend durchgemacht hätten. Solche schweren Gewitter gäbe es heutzutage garnicht mehr, meinten sie.

Zur Lage in Finnland.

Wie aus Hessingsors gemeldet wird, hat der Landtag in seiner letzten Sitzung vom 26. September, die nur zehn Minuten dauerte, das von der Expeditionskommission zusammengestellte Schreiben an den Zaren angenommen, das die (in unserer letzten Nummer bereits wiedergegebene) Deklaration des Präsidenten wörtlich wiedergibt und mit den Worten schließt, der Landtag sei mit dem Vorsitzenden solidarisch und könne aus den angeführten Gründen nicht zur Beratung der eingebrochenen Fragen schreiten. Nach den Debatten der vorhergehenden Sitzung, in denen, bei der Adressfrage, ein gewisser Opportunismus der Altfinnen und des rechten Flügels der Jungfinnen hervortrat, ist dieser Bescheid des Landtages die würdigste Antwort der finnischen Volksvertretung an die meinidige Petersburger Regierung.

Die konservative und okkultistische Presse sucht natürlich dieses vollkommen unanfechtbare Vorgehen des finnischen Landtages für ihre Zwecke auszubauen. Die offiziöse "Rossija" erklärt, daß Finnland sich sein Schicksal selbst gewählt habe. Zu gleicher Zeit verrät sie aber durch die Bemerkung, daß der finnische Landtag durch seinen Beschluß niemand überrascht habe, daß das provokatorische Vorgehen der Regierung plausibel vorbereitet war. Die halboffiziöse "Novaja Wremja" plädiert für eine Taktik, laut welcher der Landtag nicht aufgelöst, aber durch die Entziehung jeder gesetzgebenden Arbeit zu seinem langsamem Tode verurteilt werden soll. In völligem Widerspruch mit den Tatsachen schreibt dieses altbekannte Heftblatt: „Die finnischen Deputierten wollen offenbar die Auflösung des Landtages und Repressivmaßregeln provozieren, um die Rolle unbeschuldiger Opfer zu spielen, die für das bedrückte Vaterland leiden.“ Weit offenserziger ist die echtrussische Presse, die den finnischen Landtag bereits als eine „aufrührerische Bande“ bezeichnet und harte Strafen für die „passive Resistenz“ der finnischen Abgeordneten fordert. „Die Finnen“, — so schreibt der echtrussische „Kolokol“ — „werden nur dann gehorchen lernen, wenn die russische Regierungsgewalt ihre Existenz in konkreter Weise zeigen wird und die Finnen fühlen werden, daß sie für ihren Ungehorsam hart leiden werden.“ In völligem Einklang mit dieser Äußerung stehen die Maßnahmen, die in den Regierungskreisen geplant werden. Nach diesen Vorschlägen soll der finnische Landtag für immer geschlossen und Finnland in eine Reihe russischer Gouvernements aufgeteilt werden. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit wird in den nächsten Tagen vom Zaren gesprochen werden. Stolypin ist bereits nach Friedberg unterwegs, um mit dem Zaren über die finnändische Frage den letzten Entschluß zu fassen. Auf deutschem Boden, von der deutschen Polizei sorgsam bewacht, wird der meinidige Zar die lezte Hand legen an die Vernichtung der finnischen Freiheit!

40. Hauptversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung.

Am Montag wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Dr. Alfred Köppen, Dozent der Freien Hochschule in Berlin, sprach über Kunst und Aufschauung. Er hob den Unterschied hervor zwischen dem Sehen des Künstlers und dem des Laien; jener sehe in der Natur draußen nicht nur Tatsachen, sondern die Seele der Natur, die im stillen

„Dat het,“ erklärte die alte Aulerich, „wenn de Ge-witters Strafen sin sollen, denn müthen se doch den'n Inspektor tolerirt dodslagen. Ich glöw nu anjezt ok bald nich mihr, dat de Ge-witters Strafen sünd. Gistern sünd hier wedder vier Knechte vörbiführt worn mit'n Schandohe nat' Gefängnis! Du leeve Gott in'n hogen Himmel, dat fühst Du all mit an?“

Aulerisch, Aulerisch,“ übernahm Papenburg lachend wie immer und in seiner Art schlau das Amt eines Rechtsarwals Gottes. „Seine Stunde ist noch nicht gekommen! Kiel!“ unterbrach er sich, siehe, da geht mein Freund Dornmann. Wo de woll hen will!“

Nu kamen's man, Papenhausen, dat wi'n häten wat in'n „Liew kriegen“, mahnte Witwe Schuldt. Die beiden müthen sich ihre Mahlzeiten persönlich von Donnerstorff holen. Den Morgenkaffee tranken sie in der Leutesküche; sodann hatte Witwe Schuldt die Hühner zu futtern, die Eaten nach dem Teich zu führen und derlei Pflichten in Hof und Küche zu erfüllen. Papenhausen mußte sich bei Mansell Tack nüchtrig machen. Holz und Wasser tragen, soviel oder soweit er konnte, um Mansell Tack hatte ihr Pläster daran, ihn ordentlich aufzuziehen und zu droßlichen Antworten zu veranlassen; zumal seine unausbleiblichen Bibelkäte amüsierten sie. Ihn in Harnisch zu bringen oder gar zu ergänzen, war ganz unmöglich. Er lachte immer. Als die beiden Armenhäuser fertig waren zum Aufbruch, kam das Dienstmädchen Christine und brachte die Morgenration für Witwe Aulerich, die nicht mehr die zwanzig Minuten bis Donnerstorff gehen konnte.

Herrje, Piepen-Papen, Se hebben doch noch Tied. Wo willen Se all in de Nacht hen?“ ulkte Christine.

Weis, was habe ich mit Dir zu schaffen! Nimm Dein Bett und ziehe heim, wie Di wat seggen,“ lachte Papenhausen.

Bi den' hett dat woll werter inslagen öwer Nacht“, scherzte Christine zur Aulerich.

„Ah, Stine, weet jo bisched mit em.“

„Ja, he is'n Drönbüdel un blivwt'n Drönbüdel un ward' immer maller upstunnns. Grad is uns Mansell Tack. De wurd' ob immer maller. De is tierlesdull. Papenhausen — können Se ehr nich ens erlösen?“

„Stine, Stine, Du räses, wie Di wat seggen. Un nu gab ic los! Will wen mit?“

Papenhausen ging hinaus, Christine und Witwe Schuldt folgten. Im nächsten Augenblick flüchteten alle drei frei-

arbeitete. Für den Künstler sei die Natur nur ein Gleichtum. Seine Seele trete zur Weltseele in stetige Beziehung und verhebe das Kunstwerk des Menschen in das Allbewußtssein der Welt. Für den Laien ist das Kunstwerk eine fremde Welt, ihm fehlt die Seele, um richtig zu schauen. Jeden Menschen sei ein künstlerisches Empfinden angeboren und sprechlich schon im Kinde aus. Im Tanz und in der Musik finde die harmonische Bewegung ihren natürlichen Ausdruck, im wirbelnden Reigen widerspiegle sich die Seele. Künstlerische Empfindungen schaffe fast jeder Mensch in seine Bewegungen hinein. Gemälde, Statuen, Musik wirken auf den Laien suggestiv und rufen das Innere Leben wach. Der Tatsachenmensch stehe vor Werken, wie z. B. denen von Rembrandt, in stiller Beschauung. Das Kunstwerk ist eine Stärkung für die Seele. Bilder prägen sich am tiefsten in die Seele ein. Ein fortwährendes Anschauen von Kunstwerken hilft sich der Geschmack. Der Gegenwart fehlt die rechte Anschauung. Der Jugendunterricht arbeite nur für den Verstand, die Seelen- und Geistesbildung halte nicht gleichen Schritt. Die Kunst ist eine Schöpfung der Seele und kann nur durch diese begriffen werden. In der höheren Schule werde im Gegensatz zur Volksschule, die die Gemütsbildung pflege, der Verstand hauptsächlich gebildet, der für den Lebenskampf zur Erreichung von Geld als allein notwendig erachtet werde. Diese einseitige Ausbildung des Verstandes zeuge nur Lohnslaven. Schule und Haus müssten zusammenarbeiten, damit dem Kinde keine Anschauung geboten werde. Die Gesellschaft für Volksbildung habe in Vorträgen mit Lichtbildern und künstlerischen Serien in aufklärendem Sinne gewirkt. Die Schulbücher müssten mit mehr guten Abbildungen versehen werden, das Bild bleibe im Geiste besser haften, es erspare das mechanische Eintrichten der Worte; der geliebte Unterricht sollte mit guten Bildern durchsetzt werden; die künstlerischen Steinzeichnungen seien vorbildlich. Wer von Jugend aus nur Gutes gesehen habe, werde später das Schlechte von selbst zurückweisen. Leider heißt es heute nur: was willst Du werden, nie wie willst Du sein. Das ganze Zeitalter lebt in sichtbar gewordener Geschichte, die sich in großen Werken ausspricht, oder wie sich ein Lehrer des Vortragenden geäußert habe, Geschichte in lapidarischer Schrift. Für den Gang der Kultur trete die Kriegsgeschichte in den Hintergrund, sie sei ohne Bedeutung; nur das Ergebnis der Schlacht habe Wert; die römische Geschichte zeige sich in den großen Werken. Die Kunst ist ein Mittel zur Erhöhung des Lebens und der Daseinsfreude. Im Kampfe um den Schnug im Bilde müssen Lehrer und Volkserzieher mitarbeiten; sie können das inszenieren, wenn sie denjenigen die Lieferung von Utensilien entziehen, die Schund führen. Wenn der Tatsachenmensch in einen Seelenmenschen umgestaltet wird, sind Auseinandersetzung und Sittlichkeitssapostel überflüssig. Darunter gibts allerdings auch solche, die sich über jedes Fackel empören, sich aber nicht scheuen, mit der Frau in tief defolliertem Kleide zum Hofball zu gehen. Wenn der Mensch von Jugend auf lernen muß, richtig mit Gabel und Löffel zu hantieren, so muß er auch lernen, das Natürliche natürlich zu empfinden, das Gute um des Guten willen zu tun. So werden Menschen erzogen, die nicht in Äußerlichkeiten, sondern im Innern das Glück suchen und finden. Goethe sagt ganz richtig: Das Volk, das Kunst und Wissenschaft besitzt, besitzt auch Religion.

Dann sprach Herr Direktor Dr. Emil Geier (Berlin) über Wandern und Liebhabertheater. Glücklicherweise habe das Theater in Deutschland Gemeininteresse, im Gegensatz zu Amerika, England und Frankreich, wo es sich selbst überlassen sei und ein rein industrielles Unternehmen darstelle. Aus der Idee des National-Theaters zieht auch die Volksbühnenbewegung ihre Kraft. Das ist gerade das Gefüge dieser Bewegung, daß das Gute in der dramatischen Literatur in würdiger Form dargeboten wird, daß durch das Wandertheater die Darstellung aus dem gewöhnlichen Festesrahmen herausgehoben wird. Schauspieler und Publikum ziehen aus der jungen Frucht der Volksbühnenbewegung Kraft. Der Wandertheatertypus ist in zwei Genden vertreten. Der eine in Frankfurt a. M. und der

sichend und an Hand und Fuß fliegend in den Daten zurück. Draußen knatterte in wahnsiniger Fahrt die kammerherliche Kutschte vorüber. Wildschauende, mit weitem Schirm am Munde, jagten die tollgewordenen Pferde dahin. Dem Kammerherrn waren die Bügel entfallen. Kramphälfte hielt er sich am Stock fest, starres Totenkopf im Antlitz. Direkt in den Gutshof rannten auf geradem Wege die Pferde, und Christine, Papenhausen und Witwe Schuldt nacheinander, so schnell es gehen wollte hinterdrein.

Als Kammerherr v. Greifenseklau die Augen aufschlug, saß Sanitätsrat Billow an seinem Bett.

„Sie find's Doktor? Nich jefährlich — wa? Kleine Ohnmacht! God damm — verordnen Sie mir mal einen Kognak — wa? Da im Esschrank?“

Sanitätsrat Billow holte Glas und Flasche aus dem Esschrank.

„Mein Wohl, Doktor! Wärmtje Jacken, die Kognaken — wa? Auch einen? Well, Prost! Donnerknüpel, das war ja weltunterfangsmäßig! Diele vermaledeite Kerl wissen Sie, der Dornmann da! Also ich so recht in Hötterdämmerung auf dem Wagen. Ohne Kutschte, — pfui! Er legte den Finger auf die Lippen wie das mal vor kommt, wenns keiner wissen soll, und darum war mir das verfluchte Gewitter irade recht kommen! Liege also und traume von der berühmten Himmelsleiter, wo die kleinen Mädchen man immer so raus und unter steigen — da bums, der Wagen steht! Ja nu? Ich hoch! Da stehen beide Säule und zittern und wollen nicht vom Fleck hängt da am Weg der alte Dornmann am Baum und baumelt im Wind umher. Ich die Peitsche lese und den seigen Bielettern den Bucket jemalschen. Die Säule erit vorn hoch und dann krade durch — pfui! Dein! Doktor noch'n Kognak — Wa? Ah, Kunigunde — die Kammerherrin trat sagte ins Zimmer — ja, ja, wir werden mieder mutter und singen vor Freud und hoßen zu Gott und den Menschen, daß ich zur Mittagsstunde wieder jenseits des Bettrands bin. A propos — ist nach dem Tierarzt jenseits? Frau Kunigunde v. Greifenseklau, geb. v. Netzelholz, nichts befahend.

Sanitätsrat Billow machte noch einige kleine Verordnungen und empfahl dem Kammerherrn, wenigstens heute noch in Bettruhe zu bleiben. Dann verabschiedete er sich. Die Gemütsarbeit des Kammerherrn war ihm doch etwas

andere in der Mark. Das Wandertheater soll welche sein: Stadt- und Volkstheater. Es soll vielen Städten, die nicht imstande sind, ein Stadttheater zu erhalten, dienen. In manchen Städten hat sich noch die Schmiede erhalten, ein kleineres überlebtes in der herabgekommenen Form. Um dies auszurotten, wäre es am besten, wenn sich mehrere kleine Städte zu einem Städtebundtheater zusammenschließen. Freilich müssten dann die Städte eine gewisse Garantie für die Kosten übernehmen, wenn sie Vorstellungen durch den Volksbildungsverband haben wollen. Die Wandertheater wollen Volksbildungstheater sein, und diese seien billige Preise, vielleicht auch Einheitspreise voraus; sie sollten in periodischer Wiederkehr kommen, dann werde auch den kleinen Städten Besuch gebracht. So bleibe der Theatergenuss etwas Seltenes, werde eine große fehlende Veranstaltung, für die vorgeorgt wird. Bevorzugt sollten hauptsächlich klassische Stücke werden, eine gewisse Theaterpolitik fordere selbstverständlich auch moderne Stücke. Auch ein kleiner Einführungsvortrag habe gute Wirkung. Was ein stechendes Theater hätte, könne selbstverständlich von einem Wandertheater nicht verlangt werden. Die dekorative Ausstattung ist beschieden, eine Andeutung müsse genügen. Schaden ist dies aber nicht, auf der großen Bühne ist es sehr oft die glänzende Dekoration, die von der Dichtung ablenkt. Wort und Darstellung muß im Wandertheater wirken. Der Zug der Zeit gehe darauf hinaus, die übermäßig reiche Dekoration zu vermeiden. Jede große Provinzialhauptstadt könne ein Wandertheater hergeben und auf diese Weise einem großen Teil der Bevölkerung das Theater zugänglich machen. Das märkische Wandertheater verlange 200 Mark Garantie für eine Vorstellung; es wolle nichts verdienen, Überschüsse würden für die Verbesserung des Theaters verwendet. Beim Liebhabertheater gäbe es zweifellos auch talentierte Kräfte, aber das Komödienpiel sei für dieses eine Gefahr, dann neige es auch dazu, Geschäfte um Orte zu machen. Geschichtliche es sich darauf, die heimatliche Geschichte zu festigen, könnte man nichts dagegen haben. Es komme aber sehr viel darauf an, wer das Theater leite, ob er auch Künstlerin benigne. Der Dilettantismus kann sich betätigen, aber er darf nicht überwuchern und sich auf die gleiche Höhe des Künstlers stellen wollen. Auch dem Dilettantismus kann künstlerisches Empfinden innerwohnen und er kann Kunstmöglichkeiten wecken; er wird aber die künstlerischen Grenzen wahrnehmen und schauen müssen, wie weit die eigene Kraft reicht.

In der Diskussion trat Schulrat Scherer (Büdingen in Hessen) dem Redner insoftern entgegen, als er hervorholte, daß bei klassischen Aufführungen die Erfahrung gemacht worden sei, daß das Theater leer blieben. Ein weiterer Redner wandte sich gegen die Dilettantvereine, die sich manchmal Aufgaben stellten, die die Kräfte der Berufsschauspieler voll in Anspruch nehmen. So sei in Celle im Hannover ein Dilettantverein, der, angefeuert durch den riesigen Besuch von 700–800 Personen, jetzt Mag. Dreyers: Die Siebzehnjährigen aufführen wolle. Das sei ein Skandal und dagegen müsse man sich wehren. Barbier- und Kaufmannslehrlinge seien denn doch nicht dazu berufen, um solch schwierige Stücke aufzuführen.

Generalsekretär Lews (Berlin) hob hervor, daß der Gemeinsinn und Genossenschaftsgedanke sich noch mehr bekräftigen müsse, um dem Volke Bildung zu übermitteln. Die Misere des sog. Schmiertheater liege nicht immer bei minderwertigen Talenten, es seien manchmal große Talente darunter, die untergegangen seien, nur deshalb, weil sie meistens vor leerem Hause spielen müssten. Das Wandertheater schaffe Abhilfe, wenn es regelmäßig komme. Wer auf Fortbildung etwas halte, sich einen Kunstmangel verschaffen wolle, der werde dieses Theater dann auch besuchen. Die Gemeinden gäben für allerhand künstlerische Geld aus, sie könnten auch hier etwas tun. Bescheidenheit sei hier nicht am Platze. Für die Volkschule werde nur der 680. Teil von dem angewandt, was für das Gesamtwohl ausgegeben werde. Deshalb müßten alle zusammenstehen, um die Volksbildung zu heben.

Direktor Schröder sprach den Erstaunenen für ihre Ausmerksamkeit den Dank aus und wies zum Schluß auf die weiteren Veranstaltungen und insbesondere auf den Experimentalvortrag in der Katharinenkirche hin.

Auch diesem Vortrag wohnten wir noch bei. Es muß ausgesprochen werden, daß die Aufführungen des Herrn Th. Janzen (Berlin) über Lichtbildevorträge und Kinematographen etwas wirklich Gutes waren. Sie bewegten sich auf einer Höhe, die jeden denkenden Menschen und Volksbildner mit Freude erfüllen müssten. Der Vortragende erläuterte vor allem die Technik eines guten Apparates, wie er zur Erzeugung von scharfen und schönen Lichtbildern notwendig ist. Da die Volkschule, wie der Redner hervorholte, mit Geldmitteln überreich verfehlt sei, müsse das wenige zur Verfügung stehende Geld auch praktisch verwendet und gleich ein vorzüglicher

Apparat angeschafft werden, damit er auch der Schule von Nutzen sei und nicht in der Ecke stehen bleibe. Die Volkschule sei zwar stetsmärtig bedacht, aber das Drängen der Lehrer müsse dahin führen, daß in jeder Volkschule ein Lichtbildeapparat vorhanden sei. Der Unterricht müsse sich vom Alten abwenden und Anschauungsunterricht vorzüglich werden. Die Lehrer seien ferner die berufenen Vertreter, der Kinematographie ihre Ausmerksamkeit zuzuwenden; was die erfolgreiche Tätigkeit auf dem Gebiete gegen die Schmiedekunst geschaffen habe, sei in Gefahr, durch den Kinematographen wieder ausgelöscht zu werden. Zwar habe die Polizei in verschiedenen Städten die Kontrolle übernommen; die Polizei sei wohl gut, um den Rücken zu decken, wenn gegen unlautere Kinematographenbesitzer, die durch ihre Vorführungen das Volk vergifteten, vorgegangen werde, aber das Urteil darüber müsse den Volksbildnern und vor allem den Lehrern überlassen bleiben. In Deutschland werde das Kind immer erst gerettet, wenn es ertrunken sei, die zwölft Stunde sei angebrochen, all das Gute wieder zurück zu machen. Diese dürfe nicht ausschlagen, ehe der Schmutz in den Kinematographentheatern, in denen Kinder einen großen Prozentanteil der Zuschauer stellen, vertilgt sei. Der Kinematograph könne ein Volksbildungsmittel werden, wenn er richtig angewandt würde. Eine Reihe vorzüglich wiedergegebener Bilder vom weinroten Rhein schloß die vortreffliche Rede, an die sich für Interessenten praktische Erläuterungen anschlossen.

Alles in allem: Die Anregungen, die während der Tagung den Volksbildnern gegeben worden sind, werden Nutzen tragen; die Arbeiterschaft fördert, wie schon gestern betont, alle ernsthaften Bildungsbestrebungen. Besonders die organisierte Arbeiterschaft weiß bei jeder passenden Gelegenheit darauf hin, die gebotenen Bildungsmittel zu benutzen zum eigenen Besten. Das ehrliche Wollen der Volksbildner bestreiten wir gewiß nicht, wohl aber sind wir der Überzeugung, daß dieses Wollen eine Grenze hat: bei den volksfeindlichen Regierungen und in der Macht der kapitalistischen Gesellschaftsformung.

b.

Im gestrigen Bericht ist ein Lapsus unterlaufen. Wo im Vortrage des Pfarrers Blütinger von den Kirchhöfen die Rebe ist, muß es natürlich statt süßlich häßlich heißen.

Aus der Partei.

Die Parteischule hat am Sonnabend, den Oktober ihren fünften Kursus begonnen. Es nehmen diesmal 22 Genossen und 3 Genossinnen teil; von den Genossen sind 4 von gewerkschaftlichen Zentralverbänden (je zwei von den Bergarbeitern und den Maurern) geschickt worden. Von den Teilnehmern am Kursus stammen 15 aus preußischen Landesteilen, die übrigen verteilen sich auf Baden (2), Bayern (2), Bremen (1), Hamburg (1), Mecklenburg (1), Sachsen (3), Württemberg (2). Der Lehrplan der Schule hält sich im allgemeinen im Rahmen der früheren Jahrgänge; Nationalökonomie und Geschichte (politische Geschichte, gesellschaftliche Entwicklung, Theorie und Geschichte des Sozialismus) bilden die wichtigsten theoretischen Unterrichtsfächer, daneben wird über Rechtskunde, Naturerkennnis und einige praktische Gebiete (mündlicher und schriftlicher Gedankenaustausch, Zeitungstechnik) vorgetragen. Der neue Kursus wurde vom Genossen Heinrich Schulz mit einigen Worten der Begrüßung eröffnet. Im Namen des Parteivorstandes wünschte Genosse Molkenbuhr den neuen Parteischülern vielen Erfolg; die alten Agitatoren der Partei hätten zwar keine Parteischule gehabt, aber für sie sei es auch leichter gewesen, sich in die damals erst in beschiedenem Ausmaße vorliegende wissenschaftliche politische Literatur einzuarbeiten; zudem hätten sie die theoretische Entwicklung und Verfestigung des Sozialismus mit erlebt. Der jüngeren Generation gehe dieser Vorteil ab, sie müsse ihn durch das Studium einzuhören versuchen und darum seien die neuere Hilfsmittel der Urteilsbildung, besonders der Parteischule von großem Werte für die Partei. Nach der schlichten Eröffnungsszene, der die meisten Lehrer und einige Mitglieder des Parteivorstandes beiwohnten, begann sofort der Unterricht.

Genosse Albert im Auslande. Gegen Genosse Albert, der von der Breslauer Strafkammer zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden ist und gegen den noch zahlreiche weitere Prozesse entstehen, stand Sonnabend vorzeitig Termin vor der Breslauer Strafkammer wegen Bekleidung der Bonner Richter an. Genosse Albert war zum Termin nicht erschienen. An seine Kollegen in der Redaktion der "Volkswacht" hatte er ein Schreiben gerichtet, nach dem er sich auf Anraten seines Arztes in ein Sanatorium begeben habe. Einweisen halte er alle Mittel vor unbehaglichen Richter zu kommen, für erschöpft. Bei seinem nächsten Prozeß würde er in Untersuchungshaft genommen, und würde er dadurch in seiner Verteidigung noch mehr beschränkt, ganz abgesehen davon, daß seine Nerven die Spanzen einer Untersuchungshaft nicht aushalten würden. Er werde nach Breslau zurückkehren, sobald er einigermaßen die Gewähr habe, ungefähr die gleichen Rechtsgarantien zu haben, wie jeder Angeklagte außerhalb Breslaus. Im Interesse seiner Gesundheit und seiner Familie bitte er den Schrift zu entschuldigen.

Die Vorgänge in Moabit

dürften nunmehr als beendet gelten. Die Sonnabendnacht, für die die Polizei noch besondere Vorbereitungen getroffen hatte, verlief ebenso ruhig wie der Sonntag und die folgende Nacht. Das große Schutzmannsaufgebot war zurückgezogen, nur einzelne Patrouillen patrouillierten noch die Straßen.

Die Kriminalbeamten sind eifrig am Werke, nachträglich Leute festzunehmen, die an den Krawallen beteiligt waren. Sonntag wurden wieder zwei junge Leute verhaftet, die nachträglich verurteilt worden waren. Kriminalpolizisten dringen in Wohnungen ein und suchen nach Waffen. Dabei kam es wiederholt zu stürmischen Auseinandis, wenn die Betroffenen die Vorzeigung eines richterlichen Besuchs forderten, den die Polizisten nicht hatten, und wenn sie sich trotzdem Zutritt erzwangen. Ein Arbeiter ist an Schädelbruchverletzung gestorben, die von Polizeiziehen herrührt. Dem Untersuchungsrichter sind bisher 42 Personen vorgeführt.

Der Verein der ausländischen Journalisten hat in einer außerordentlichen Generalversammlung einstimmig beschlossen, sich mit der Erklärung des Polizeipräidenten v. Jagow nicht zufrieden zu geben. Die Antwort sei zwar in freundlichem Tone gehalten, fordere jedoch vom journalistischen Standpunkt energischen Widerpruch heraus, indem sie eine Aussicht zum Ausdruck bringt, die in unruhigen Zeiten den Beobachtern jede Ausübung ihrer journalistischen Pflicht unmöglich machen würde. Entschiedene Betrauerung legte die Versammlung gegen die Behauptung des Herrn v. Jagow ein, daß die ausländischen Journalisten eine ordnungswidrige Handlung begangen und unter Hinweis auf § 125 StGB — als Teilnehmer an einer Zusammenkunft — sich quasi des Bandenfriedensbruches schuldig gemacht haben sollen. Der Verein erklärte nun, daß zu-

wirken, daß die größte Bewegungsfreiheit, verbunden mit persönlicher Sicherheit, den Pressevertretern in ihrer Berufstätigkeit gewährt werden müsse.

Von Köln wird gemeldet, daß unter den deutschen Journalisten eine Bewegung im Gange sei, um, falls des Zwischenfall mit den englisch-amerikanischen Journalisten, nicht eine befriedigende Lösung finde, eine Stellungnahme der deutschen journalistischen Vertretungen zu den Maßnahmen der ausländischen Kollegen herbeizuführen. Man ist der Ansicht, daß die gesamte Presse in hohem Grade interessiert an der bedauernswerten Affäre sei. Was den ausländischen Pressevertretern zugestanden sei, hätte ebenso leicht und könnte vielleicht noch den deutschen Journalisten passieren. Deshalb müsse solchen Vorkommnissen vorbeuge werden.

Der Streik bei der Firma Kupfer u. Co. wird weitergeführt, so beschlossen Sonntag vormittag zwei Versammlungen der Transportarbeiter. Die Versammlungen protestierten in einer Resolution einstimmig gegen die vielfach erhobenen Beschuldigungen der Arbeiter, daß sie den Streik vom Zaune gebrochen hätten. Seit vier Jahren seien die Löhne der Kohlenarbeiter nicht aufgebezt worden, und ein erhöhter Stundenlohn für so schwere, täglich 11stündige Arbeit, keine frivole Forderung. Aus dem mit der Firma geführten Schriftwechsel ging hervor, daß sie allen Erfuchen und Vorschlägen der Verbandsleitung unzugänglich gewesen ist. Lobend anerkannt wurden die Vermittelungsversuche des Magistrats v. Schulz und des Oberbürgermeisters Kirschner. Der Oberbürgermeister wurde von der Firma und dem Unternehmerverband mit sehr geringer Absicht ebenso zurücksieben, wie Herr v. Schulz. Bezeichnend für den Polizeigewalt war es, daß in Nebenräumen der Versammlungslokale liegende Polizeistationen von etwa 80 Schutzmannen mit 2 Leutnants und Wachtmeistern stationiert waren. Diese Mitteilung rief in den Versammlungen große Entrüstung hervor. Wohlgemerkt: Es handelte sich nicht einmal um öffentliche politische Versammlungen, in denen die Polizisten besprochen werden sollten; die Versammlungen hatten rein gewerkschaftlichen Charakter und würdigten den Streik auch nur in seiner wirtschaftlichen, rein gewerkschaftlichen Wirkung. Für die Polizisten gab es bei den organisierten Transportarbeitern natürlich nichts zu tun; die verächtlichen Blicke, die den Glütern der Ordnung allenfalls zutaten würden, boten ihnen schließlich doch keine Veranlassung zum Dreihauen.

Die Schuhleute rechtfertigen sich. Aus den Kreisen der Berliner Schuhleute, besonders der älteren Beamten, kommen Versuche der Rechtfertigung gegenüber der Erbitterung und Entrüstung der Moabit-Bewohner. Zahlreiche Unteroffiziere aus dem Heere sollen in Schuhmannuniformen den Dienst in Moabit versehen haben, weil man den regulären Schuhleuten nicht die genügende "Schneid" zutraute. Viele wollen nur in die Lust geschnitten haben, trocken die Befehle „von oben“ so streng gewesen sein sollen, daß man befürchtet hatte, Hunderte von Toten würden das Schlachtfeld bedecken.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Textilarbeiter-Aussperrung in der Lausitz. Die für den 6. Oktober angedrohte Aussperrung der Textilarbeiter der gesamten Lausitz wird nicht erfolgen. Der Vorstand des Textilarbeiterverbandes hat am Montag noch einmal mit Arbeitgebern und Streitenden verhandelt und beide Teile sind sich darin übereingekommen, den Spinnertreit als beendet anzusehen, keine Maßregelungen stattfinden zu lassen, und die vorhandenen Differenzen beigelegt. Die Aussperrung von etwa 25.000 Textilarbeitern und Arbeitern ist somit vermieden worden.

Die Tarifbewegung der Heizungsmeute und Helfer in Rheinland und Westfalen. Nach achttägigen, zentralen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Heizungsfirmen von Rheinland und Westfalen und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes faiy ein Tarifvertrag für ganz Rheinland und Westfalen zustande. Der Tarif tritt am 1. Januar 1911 in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 31. Juni 1913. Die 9½stündige Arbeitszeit, sowie Mindestlohn von 60 und 65 Pfg. für Meuteure und 40 und 45 Pfg. für Helfer sind im Tarif festgelegt.

Zu der Lohnbewegung der Berliner Glasschleifer ist es zu einer Einigung und zum Abschluß eines Tarifvertrags auf die Dauer von drei Jahren gekommen. Der Minimallohn der Buchstaben- und breite Facettenschleifer steigt ab 1. Oktober d. J. von 67 auf 70 Pfg.; der Minimallohn der Wagen-, Walzen- und Morashleifer von 57 auf 60 Pfg., soweit sie nachweislich zwei Jahre als Schleifer gearbeitet haben. Der Minimallohn der Polierer steigt auch von 57 auf 60 Pfg., soweit sie nachweislich ein Jahr als Polierer gearbeitet zu kommen, für erschöpft. Bei seinem nächsten Prozeß würde er in Untersuchungshaft genommen, und würde er dadurch in seiner Verteidigung noch mehr beschränkt, ganz abgesehen davon, daß seine Nerven die Spanzen einer Untersuchungshaft nicht aushalten würden. Er werde nach Breslau zurückkehren, sobald er einigermaßen die Gewähr habe, ungefähr die gleichen Rechtsgarantien zu haben, wie jeder Angeklagte außerhalb Breslaus. Im Interesse seiner Gesundheit und seiner Familie bitte er den Schrift zu entschuldigen.

"Streikselegierung" in Rußland. Ein Streik, der von der Kriegsministerialen in Warschau hat eine höchst eigenartige Wendung angenommen. Gedrängt von Beträgerungen ist unmöglich, da sämtliche Geschäftshäuser Streiken oder verhaftet wurden. Die Beleidigung der Ausländer nahm die Polizei ausdrücklich auf sich. Ein Kriegsministerialen bringt die Verhafteten morgens und mittags aus dem Gefängnis und Wagenführern und Schaffner werden gezwungen, unter Bewachung von je vier Soldaten pro Wagen zu fahren. Am Abend holt die Polizei sie dann ins Gefängnis zurück. Hunderte Wagen der elektrischen Bahn sind im Verkehr.

Zum Rückgang der Bergarbeiterlöhne. 120.310.390 Mark Lohnverlust haben die Bergarbeiter im preußischen Bergbau in den letzten 2½ Jahren vom 1. Quartal 1908 bis einschließlich 2. Quartal 1910 allein durch direkte Lohnreduzierungen erlitten, ungerechnet der Verluste, die ihnen durch die zahlreichen Feuerlöschen entstanden sind.

Das sind gewaltige Verluste, die sich durch die wirtschaftliche Lage der einzelnen Werke in keiner Weise rechtfertigen. Haben doch eine große Anzahl Werke während dieser Zeit noch höhere Gewinne erzielt, wie während der Hochkonjunktur. Weiter kann die Rücksichtslosigkeit und die Profitgier gar nicht mehr gehen.

Die Durchschnittslöhne pro Sicht und die Gesamtlohnverluste bringen in den einzelnen Revieren.

zu weit gegangen, obgleich er sonst stets die Interessen der Untertanen gegen die kranken Tagelöhner schonungslos verteidigt und gegen letztere hart und unbarmherzig verfuhr. Einen humanen Art hätte der Kammerherr eben sofort abgeschafft.

Bald nach Mittag fuhr Pastor Steinbach aus Waldeck vor, zu dessen Kirchengemeinde Donnersdorf gehörte. Steinbach war ein Gemütsmenschen, bei den kleinen Leuten beliebter als bei den Herrschäften und ungemein begabt. Er hätte Karriere machen können; wollte aber nicht. Er hätte sein wissenschaftliches Gewissen so sturmid gepocht, daß er nahe daran war, Amt und Freunde freiwillig zu entsagen. Aber sein Hang zum behaglichen Wohnsieden hatte schließlich die Oberhand behalten. Ohne Geschicklichkeit kam er sonst in seinem Dienst nicht aus, aber er schätzte den orthodoxen Formalismus doch nach Möglichkeit ein und predigte und amtierte so menschlich-verständig wie irgend möglich. Neben dann noch verbleibende Gewissensknoten half er sich mit ungeheuren Ratschlägen hinweg. Im Sommer der Jahre war er dabei sowohl mit sich ins reine gekommen, daß er, obwohl nie eigentlich betrunknen, stets in einem leichten Dämmerzustand schwabte. Bleib er dann gelegentlich in seiner Predigt stehen — er sprach in Gegenseitigkeit zu den meisten seiner Kollegen frei, ohne vorheriges Memorieren — so jaulte er die Parolen mit geradezu theatralisch-komischen Phrasen aus, bis er seinen Redesaden wiedergefunden hatte. Ein Laienbücher dieser Art war es, wenn er mit Donnerstimme loslegte: „Jawoll, jawoll und abermalz jawoll!“ und dann normalmäßig im nächsten Satz hinterdreinlegte: „O, Waldeck, Waldeck und Du, Donnersdorf.“

Der Kammerherr lag auf dem blauen Divan im blauen Zimmer und erzählte dem Pastor sein Erlebnis von gestern morgen. Steinbach fragte in ehrlichem Ergriffensein: „Der arme Herr! Was bedeutet mir ihm denn?“

Der Kammerherr sauste sich vor Staunen nicht fassen. Er sah sich an den Kopf: „Wie — wie? Wie viele lieber Herr Pastor, da wollen wir doch mal ein merwedes Exempel statuieren für die Bande. Ich schützen und mich in Lebensgefahr bringen und kann möglichen noch das feierliche Hochzeitgelände? Sie Schwachs! Wie der Menschen kommt sein in die Sache weiterredet! Werdet mir ja von selbst!“

(Sobald folgt)

IV. Quartal	II. Quartal	Gesamt-
1907	1910	lohnverlust
Mt.	Mt.	Mt.
Ruhrgebiet	4,99	4,51
Oberschlesien	3,55	3,42
Niederschlesien	3,89	3,19
Saargebiet	4,07	3,95
Nachener Revier	4,69	4,46
Haller Braunkohlenrevier	3,70	3,55
Linksrheinischer Braunkohlen-		
revier	3,99	3,98
Haller Salzbergbau	3,98	3,98
Clausthaler Salzbergbau	4,11	4,01
Mansfelder Erzbergbau	3,52	3,43
Siegener	4,87	3,69
Mausaufer	3,51	3,14
Rechtsrheinischer Erzbergbau	3,67	3,87
		Summe 120 810 890

Gegen das Jahr 1909 sind die Löhne in Ober- und Niederschlesien, im Saargebiet, linksrheinischen Braunkohlen- und Clausthaler Salzbergbau weiter um 1-6 Pfsg. pro Schicht gesunken; in den anderen Revieren sind dieselben um 2-9 Pfsg. pro Schicht gestiegen. Im Saargebiet, wo Vater Staat dominiert, stehen die Löhne nicht wesentlich höher wie vor 20 Jahren.

Der Jahreslohn stand im Ruhrgebiet 1909 284 Mt. oder 24,2 Proz. höher wie 1891, im Saargebiet dagegen 1 Mt. oder 0,9 Proz. niedriger.

Durch diese Zahlen werden die Erfolge der "Christen" im Saargebiet, von denen sie schon soviel Aufhebens gemacht haben, recht drastisch beleuchtet. Aber auch Vater Staat als Arbeitgeber erscheint in einem sehr schlechten Licht. Trotzdem richtete der preußische Minister für Handel und Gewerbe, v. Sydow, an die königliche Bergwerksverwaltung in Saarbrücken einen Erlass, wonin er sich über die geringe Rentabilität der Saargruben beschwert und mit der Mahnung schließt, zurzeit keine Lohn erhöhungen vorzunehmen. Dabei werden die Saargruben immer noch einen Überschuss von etwa 8 Millionen Mark abwerfen.

Die zentralistische "Saarpost" widmete diesem Erlass einen Artikel, wonin sie über die Not der Arbeiter sammelt und alle Schuld auf die Nationalliberalen abzuwälzen sucht. Eine Buzchrift eines Bergarbeiters sagt zum Schluss: "Was hat die Königstreue mir genützt?"

Nichts hat den Saarbergleuten ihre Königstreue genützt! Sie sind dabei immer ärmer, das Elend ist in ihren Familien immer größer geworden. Das geschah aber nicht nur durch die nationalliberalen Partei, wie die "Saarpost" glauben zu machen sucht, sondern auch mit Hilfe des Zentrums. Als die lippischen fiskalischen Bergarbeiter, die nur einen Jahreslohn von durchschnittlich 900 Mt. verdienen, sich im vorigen Jahre mit einer Petition an den preußischen Landtag wandten, worin sie um eine Lohn erhöhung von 30 Pfsg. pro Schicht hingen, da war es ein Zentrumabgeordneter, der jahrlang bekannte August Brust, der empfahl, diese Forderung abzulehnen. Und die "christlichen" Arbeiteraabgeordneten Imbusch, Giesberts usw. lehnten gemeinsam mit den Junkern, Nationalliberalen und dem Zentrum die winzige Lohn erhöhung ab. Dieselben Leute stimmten aber dann für eine Erhöhung der Pfarrgehalter um 12½ Millionen Mark. Gerade die "Saarpost" ist es aber auch, die das alles gut geheißen hat, die bisher alle Maßnahmen verteidigte, wodurch der Arbeiterschaft die notwendigsten Lebensmittel verfeuert und der Reallohn verringert wurden; ihre Klagen über die Armut der Saarbergleute sind daher pure Deuchelei, um die Aufmerksamkeit der Arbeiter von den Sünden des Zentrums abzulenken. Und wie sind überzeugt, daß das Zentrum sowohl wie die "Saarpost" auch fernerhin zu jedem Verrat an den Arbeiterinteressen bereit sind. Man soll sich darum die Krokodilstränen sparen. Die Saarbergleute können nur eine Besserung ihrer elenden Lage herbeiführen, wenn sie ihren "christlichen Freunden" den Laufpass geben und sich dem Bergarbeiterverband anschließen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Diendtag, den 4. Oktober.

Güterrechtsregister. Am 3. Oktober 1910 ist bezüglich der Ehe des Fuhrmanns W. C. H. Suhr und A. A. geb. Schönbaum in Travemünde eingetragen: Der Mann hat das Recht der Frau innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgechlossen.

Handelsregister. Am 3. Oktober 1910 ist eingetragen bei der Firma Hanseatischer Lloyd, Aktiengesellschaft in Lübeck. Das Vorstandsmitglied H. Doehring in Lübeck ist mit dem 1. Oktober 1910 ausgeschieden. An seiner Stelle ist H. Bode in Altona-Develgönne als alleiniges Vorstandsmitglied bestellt.

Stadttheater. Man schreibt uns: Am Donnerstag, abends 8 Uhr, kommt das mit so großem Beifall aufgenommene Lustspiel "Das Glas Waller" von Scribe zur nochmaligen Aufführung.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen Mittwoch gelangt außer Abonnement bei kleinen Preisen die erfolgreiche Operette "Der Graf von Luxemburg" von Franz Lehár zur Aufführung. In den Hauptpartien sind die Damen Thornegg, Weber, v. Neuendorff sowie die Herren Melzer, Haas, von Schenk beschäftigt. Die Inszenierung liegt in Händen des Herrn Oberregisseurs Fuchs, die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Blumann. Am Donnerstag kommt der diesjährige Operetten-Schlager: "Die Höfster Christl" von Carno zur Wiederholung. In Vorberichtigung befindet sich Verdis große Oper "Aida" und Wagners "Lohengrin".

Kiel. Eine blutige Hetztragedie spielte sich Sonntag nachmittag bei einem Kaufhaus an der Preußenstraße ab. Die geschiedene und inzwischen wieder verheiratete Frau Horns wurde von ihrem geschiedenen Ehemann angefallen und vermauert in den Rücken gestochen, daß sie blutend zusammenbrach. Als der Täter verhaftet und in das Polizeigefängnis eingeliefert war, stellte sich heraus, daß er so betrunken war, daß er nicht vernommen werden konnte. Der Stich ist mit einem Schraubenzieher geführt worden.

Kiel. Zum Tode verurteilt wurde gestern vom hiesigen Schwurgericht der landwirtschaftliche Arbeiter Busner, der am Morgen des 8. Dezember 1909 den Wochenschiffer Kröger auf dem Gute Knop ermordet und veraupt hat. In der Beratung bekräftigt Busner nicht, Kröger mit einem an Gerichtsstelle liegenden schweren Windenknüppel erschlagen zu haben, er will sich aber nicht erinnern können, auch den vorliegenden blutbefleckten Hammer bei sich gehabt zu haben. Es sei ihm schon tagelang vorher der Gedanke gekommen, den Kröger totzuschlagen. Diesen Gedanken habe er nicht los werden können. Dass er dabei an Verabredung gedacht habe bestreitet er. Früher hat er eingestanden, daß er am Sonnabend vorher, als er geheiratet habe, wie Kröger ein 20-Markstück wechselt ließ, auf den Gedanken kam, ihn zu ermorden, um sich in den Besitz des Geldes zu legen. Auf längeren Vorhut erklärt er, daß er das früher geglaubte

nicht bestreiten wolle; nur gibt er an, sich heute nicht mehr genau an die Einzelheiten erinnern zu können. Er hat sich, nachdem er einmal den Gedanken an die Tat gefaßt hatte, gesagt, Kröger sei ein gutmütiger und gutgläubiger Mann, den er belittle nehmen wolle unter der Angabe, dort etwas zu suchen. Das würde Kröger, der sein Verbündeter war, glauben und misskommen. Wobei wolle er ihn dann töten und berauben. Er hatte ein Verhältnis mit einer Dienstmagd Franke, der er verschiedene Geld gegeben hatte. Außerdem hatte er Geld ausgeliehen. Kurz vor dem Sonnabend hatte er sich vom Verwalter zehn Mark von seinem Lohn geben lassen. Da er glaubte, für die Franke noch mehr aufwenden zu müssen, kam ihm beim Andenken des Zwanzigmarkstückes des Krögers der unselige Gedanke, einen Mord zu begehen. Er überlegte sich, er wolle dem Kröger sagen, daß er im Garten neben der in der Nähe des Weges nach Klausdorf liegenden Scheune einen Sack Hafer verstckt habe. Die Tat wollte er mit einem Hammer ausführen, der sonst immer auf einer Bank im Stall lag, den er bereits einige Tage vor der Tat an eine bestimmte Stelle legte, um ihn nachher zur Hand zu haben. Basner hatte die Tat schon am Montag oder Dienstag ausführen wollen, aber es hat ihn jedesmal noch etwas davon abgehalten. Am Mittwoch morgen traf er beim Pferdefüttern Kröger auf dem Hof und veranlaßte ihn, mitzukommen. Auf dem Wege nach dem Garten sah er in der Nähe der Wagenremise mehrere Windenknüppel (Speichen). Da kam ihm der Gedanke, daß der Hammer allein für die Tat wohl nicht ausreichen würde und daß es besser sei, auch eine Speiche mitzunehmen. Er führte Kröger ziemlich tief in den Garten hinein, weil er, wie er früher selbst gesagt hat (was er heute aber nicht mehr erinnert), nicht den rechten Mut hatte. So viel er sich heute noch zu erinnern vermugt, hat er ihm den ersten Schlag mit dem schweren Knüppel gegeben (diese Angabe hat er auch früher gemacht). Er meint, Kröger sei sofort hingefallen. Er hat jedoch bei seiner Vernehmung am 18. Dezember 1909 gesagt, daß Kröger noch einige Schritte zurückgelaufen sei und daß er ihn dehnt noch mehrere Male geschlagen habe. Als Kröger hingefallen sei, habe er ihn noch mit dem Hammer schlagen wollen. Kröger habe sich aber gewehrt und ihm den Hammer aus der Hand geschlagen. Dann habe er die Speiche zum Schlagen benutzt. Die Vernehmung des Angeklagten gestaltet sich außerordentlich schwierig, weil er immer wieder behauptet, sich nicht mehr erinnern zu können, und sich auf seine früheren Angaben beruft. Es muß ihm Wort für Wort vorgehalten werden, worauf er dann angibt, nichts zu bestreiten. Nach den früheren Angaben hat der Überfallene noch gerufen: "Schlag mich doch nicht tot!" und: "Hilf mir, hilf mich!" Der Ermordete ist ganz entsetzlich zugerichtet worden. Basner nahm Geld und Uhr des Ermordeten an sich; das Geld behielt er, die Uhr aber, die ihn verraten konnte, versteckte er im Stall, nachdem er den Toten in den Graden zu schleppen verlutzt hatte, was ihm aber wegen eines dazwischenliegenden Gebüsches nicht gelang. Basner erwähnt noch, daß ihm während der Einzelhaft im Gefängnis in einer Nacht vorgespielt sei, als ob ihn ein Geist angstige. Als Kind hat er Krämpfe gehabt, auch soll er sich später ohne Grund einen Tag verstckt gehalten haben. Eine Tante ist nach seiner Angabe nicht ganz zurechnungsfähig.

Arbeiter, Parteigenossen!
Erwerbt
das lübeckische Bürgerrecht!

Standesamtliche Nachrichten

vom 25. September bis 1. Oktober 1910.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
20. September. Pensionsberechtigter Hilfsarbeiter beim Amtsgericht G. A. H. Stau. Arbeiter G. W. A. Seemann, 21. Arbeiter W. Chr. H. Kieß, 23. Kaufmann H. Fr. A. Schröder. Gastwirt J. H. C. Eichhoff, 24. Arbeiter Fr. H. H. Schwarzkopf. Fischlermeister H. Fr. Barb. Eisenbahn-Wagenschleifer H. P. Chr. Bünning, 25. Arbeiter H. H. Wittstock. Korrespondent W. Fr. H. Schweißer. Baumunternehmer H. F. J. Schott, 26. Dreher H. L. B. Stiwe. Arbeiter H. R. H. Schnoor. Former H. F. W. Knack. Arbeiter H. H. F. Bark. 27. Zimmermann H. W. B. G. S. Goss. Arbeiter H. F. C. Stimm. Kaufmann J. H. Meizel. Geschäftsführer H. W. B. 29. Telegrafen-Assistent H. F. W. H. Schulz, 30. Bäcker G. P. Waff.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.
19. September. Zimmermann A. W. H. Fürs (Kremplsdorf). Arbeiter J. H. F. Möller. 20. Schlosser W. F. Chr. Th. Schillot. Arbeiter H. Chr. F. Flaege. 22. Kosserträger H. F. A. Knoor. Ingenieur H. Chr. Niemann. Arbeiter G. A. Sudel. 23. Arbeiter W. Fr. Steffen. Tapzier C. Fr. G. H. Gramann. Arbeiter E. F. H. Kruse. Buchdrucker O. G. A. Bladmeier. Schlosser O. H. W. Bisch. 24. Hausdiener B. P. W. H. Rath. Arbeiter F. C. H. Knoor. Arbeiter C. H. W. H. Treton. Arbeiter A. F. W. Westphal. Bohrer O. C. H. Schütz. 25. Schlosser B. F. L. Schwartzen. Arbeiter M. Lubowitz. 26. Katernswärter A. Schappeler. Handlungshelfer B. M. Rehm. 27. Straßenbahnschaffner B. P. R. Schillbach (Zwillinge). Beamter der Deutschen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft W. F. H. Mantaußel. 29. Schlosser G. A. H. Schulz. Matrose C. F. R. Hildebrandt. 30. Arbeiter H. P. F. A. F. F. Grimm.

Angewordnete Aufgebote.

26. September. Kaufmann A. F. W. Schulz in Malchin und A. M. Armster in Beberin. Arbeiter H. O. F. Mülls und M. D. M. Groth, beide in Schwartau. Arbeiter F. H. Schmidt und G. F. S. Schröder in Lüderow. Kaufmann W. Thiel in Leipzig und G. H. M. J. Fahle. Arbeiter H. W. F. Böhl und M. Chr. C. Stender. Schuhmann G. H. Gerecht und M. F. F. H. Rieckmann. 27. Schornsteinfeger A. F. F. Pringe und A. B. F. Wardella in Oberhausen. Uhrmacher H. A. C. Wiente und M. D. M. C. Kautermann. 28. Bierschänke G. H. H. Hanke und F. F. Kaltin, beide in Stolzenhagen und F. H. H. Karper in Stettin. 29. Kaufmann F. W. H. Walzelt in Göteborg und G. M. C. Kastadt. Stanzer B. A. C. Stoff und D. M. R. Jäger in Hakenburg. 30. Müllergetreide H. H. F. Geerd in Schorndorf. 31. Mülleger H. H. F. Geerd in Schorndorf und A. L. Kortel. Arbeiter H. O. C. Helmke und M. A.

W. Vogt in Altona. Obermeier W. F. J. Luckmann und F. G. F. G. Delsin in Bölkow. Müller H. Hinze in Ahrensburg und M. M. C. Th. Kanis. Telegraphenarbeiter H. G. A. Blank und A. F. M. Porep. Schlächter A. P. H. Kossel und M. L. A. Schumann.

1. Oktober. Fischkaufmann Ch. H. R. Rehse in Eckernförde und G. C. Georg in Billmärker. Lokomotivführer D. H. F. Süller und G. C. R. Ulbbe. Fabrikarbeiter G. M. Nowat und W. Lesniak, beide in Steinigen.

Geschlechungen.

26. September. Kaufmann W. O. Baap in Rendsburg und G. C. Sievers. 27. Fensterreiniger P. F. H. Willmötter und H. O. C. M. Baedeker. Bureaugehilfe F. H. F. Junge und W. R. C. Piepach. 29. Privatbeamter L. H. Pappe in Betsa und H. D. C. Schröder. Geschäftsführer F. J. Verdin in Hamburg und G. J. H. U. Mangels. Bonbonfischer W. H. A. Schuster und A. M. Hohmann, beide in Bayreuth. 30. Königlicher Kartograph H. F. Wilhoft in Steglitz und F. M. W. Straatmann. Siegler F. C. G. Gellert in Lübeck und G. M. H. Wahr. Maschinenarbeiter F. J. B. Christensen und G. C. H. Merhof.

1. Oktober. Magazinverwalter F. S. Brandt in Kleinitz und G. C. W. C. Möller in Rostock. Bureaugehilfe L. H. W. Gessius und A. S. M. M. Hecht in Külsheim. Maschinenmeister A. H. Wendland. 2. Oktober. Lagermeister W. C. H. Ketelhohn und G. C. G. Galey. Arbeiter A. A. Simoleit und W. C. M. H. Hinzmeyer. Schweizer G. P. Schüle in Stolzenhagen und G. M. A. Murfeld in Borken. Arbeiter M. C. F. G. H. Wohlers und die Witwe M. Böck geb. Bühmann. Schriftsteller A. C. M. Helmrich und A. C. C. R. Köhn. Werkführer C. C. Ohde und A. C. C. Th. Ende.

Sterbefälle.

24. September. M. A. geb. Panje. Chefin des Bäckermeisters F. A. F. Dammann, 33 J. 25. C. M. M. geb. Sommer, Witwe des Arbeiters F. H. H. Frenz, 75 J. Lokomotivführer A. D. Th. Ecke, 62 J. A. C. S. geb. Kraatz. Chefin des Arbeiters H. A. J. Dunkelmann, 89 J. Arbeiter F. J. C. Runge, 82 J. L. F. geb. Blügge. Witwe des Musikers F. C. Berger, 88 J. Architekt und Königlicher Baugewerbeschulehrer C. F. O. Nathen, 71 J. 26. Rentner W. Nizze, 80 J. W. W. Chr. Schmidt, 2 M. Arbeiter F. B. Bläse, 52 J. 27. A. C. M. geb. Kähler. Witwe des Trägers A. F. H. A. Wendland, 88 J. Bahnarbeiter C. F. Chr. Degetow, 62 J. W. G. H. Oert, 4 M. Ein Knabe, 4 Std., W. Kaufmann F. H. F. Metzel, H. W. H. H. Chr. Körper, 2 M. B. B. M. Sieber, 7 M. (Vorwerk). 28. O. F. A. H. B. Becker, 2 M. B. D. Blöger, 31 J. Früherer Dienstmann M. Jüdith, 78 J. (Wandsbek). 29. Töpfer G. Chr. E. Malosch, 70 J. F. W. F. Behrend, 2 M. H. Schulz, 3 Std. 30. Zwei Mädchen, je 3 Tage alt, B. Straatenbahnhofschaffner G. R. Schildbach, A. P. C. Koch, 1 M. (Vorwerk). Bahnmeister A. D. J. Chr. F. Broder, 73 J. Arbeiter H. G. W. F. L. Löwe, 24 J.

1. Oktober. W. M. M. geb. Esmann, Witwe des Kaufmannes H. F. Chr. Brockmann, 88 J. M. L. Berles, 5 M. F. G. F. geb. Bastian, verro. Drefahl, Chefin des Schächters J. Schröder, 86 J.

Aus Nah und Fern.

Gekrämpfter Chrätz. Aus Berlin wird berichtet: Die Ehefrau Emma Miguel aus Frankreich, die bei der Fürstin Meiß in Groß-Lichterfelde in Stellung war, erkrankte und aus geträumtem Chrätz, da sie sich zu trugselig flüchtete, im Teletow-Kanal. Die Leiche wurde am Sonntag nachmittag gefunden.

Eisensuchtdrama. In Joditz (Oberschlesien) ist auf offener Straße der Innislid Wohlgel aus Eisensucht seine Haushälterin und tötete sich selbst.

Ein Schwindler. Aus München wird gemeldet: Der Kassierer des katholischen Begräbnisvereins Buchhändler Vartenhäuser untersetzte im Laufe mehrere Jahre hindurch Vereinsgelder. Die Höhe der veruntreuten Summe steht noch nicht fest. Am 18. Oktober findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Vereins statt. Vartenhäuser ist augenscheinlich schwer krank.

Eisenbahnunfälle. Auf dem Bahnhof Elb 15 ha starnte Sonnabend abend gegen 7 Uhr ein Güterzug eine Rangiermaschine. Diese stürzte um, wobei der Lokomotivführer Weber aus Flöha unter die Maschine zu liegen kam. Er erlitt schwere Verletzungen und mußte ins Krankenhaus zu Chemnitz gebracht werden. Sonst ist niemand verletzt. Von dem Güterzug sind die Lokomotive und drei Wagen entgleist. — Bei Lyon stiehen Sonnabend abend zwei Straßenbahnen auf der nach Neuville führenden Linie zusammen. 25 Personen wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Drei Wagen wurden vollständig zertrümmt. — In Mailand zerschlug ein Automobil 11 mit fünf Insassen in die geschlossenen Bahngleisen. Ein Fabrikant aus Wien und ein Kaufmann aus Konstantinopel wurden schwer, zwei andere Insassen leicht verletzt.

Mordtat. In der Nacht zum Montag wurde in Greifswald der in der Marienstraße wohnende Fleischhändler Held überfallen und er stach ihn. Als Täter wurden in Anklam drei Personen namens Meyer, Lüger und Albre

Sozialistenkongress in Kopenhagen. Er führte zunächst aus, daß die Verhandlungen der internationalen Kongresse durch die Verschiedensprachigkeit der Delegierten wesentlich erschwert sind. Auch die Zahl der Delegierten war zu hoch und muß in Zukunft herabgesenkt werden. Besiedelte Länder fassen das Delegationrecht nicht ernst genug auf. So war z. B. ein 15jähriges Mädchen als Delegierte auf dem Kongreß. Das darf nicht wieder vorkommen. Jeder Delegierte muß auch eine Partei hinter sich haben, deren Ansichten er zu vertreten hat. Fragen von außerordentlicher Wichtigkeit haben dem Kopenhagener Kongreß nicht vorgelegen. Es galt in der Hauptsache nur in bestimmten Dingen präzise Richtlinien festzulegen. In der Frage der tschechischen Gewerkschaftsplattierung in Österreich war der Kongreß sich völlig einig, während bei anderen zur Verhandlung stehenden Punkten die Meinungen der verschiedenen Nationen geteilt waren. Durch diese nationale Spaltung in Österreich ist dort ein wirksamer Kampf gegen den Kapitalismus außerordentlich erschwert. Die Hauptshuld an dem Zwist liegt an der Leitung der tschechischen Gewerkschaften selbst. Redner geht sodann auf die anderen Fragen ein, welche den Kongreß beschäftigt haben, und ist der Ansicht, daß deren Lösung, wie sie in Kopenhagen vorgenommen worden ist, dem Besten der Arbeiterbewegung diene. Eine Debatte über diesen Bericht fand nicht statt.

Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Berichterstattung vom Parteitag in Magdeburg. Genosse Löwigt gab ein kleines Stimmungsbild von der diesjährigen roten Woche, die im Herzen Deutschlands tagte, an einem Ort, an dem zahlreiche Fabrikshornsteine ihre Hälse zum Himmel recken und durch den Rauch die Gegend mit einem grauen Lärm schleien belegen. Magdeburg ist eine Stadt mit starker, klasse bewußter Arbeitervölkigung, die vielfachen Verfolgungen durch Polizei und Gerichte ausgesetzt war. Redner schilderte sodann seine Eindrücke bei der Massenversammlung im Luisenpark und geht auf die gepflogenen Verhandlungen ein. Es sei nicht zu bestreiten, daß unter der badischen Budgetangelegenheit die Behandlung der anderen Beratungsgegenstände etwas gelitten hat. Das Hauptinteresse konzentrierte sich eben auf den einen Punkt und ließ alles andere in den Hintergrund treten. Sehr erfreulich war es, daß die Erörterung über die badische Angelegenheit sehr sachlich geführt wurde. Genosse Bebel, der zur Freude aller Parteigenossen wieder die alte Rüstigkeit erlangt hatte, schlug einen so versöhnlichen Ton an, daß eine gegenseitige Verständigung zwischen Süd und Nord mit Sicherheit erwartet werden konnte. Deshalb trug die mit dem Organisationsstatut in Widerspruch stehende Resolution Zubell, nach welcher jeder, der gegen die Lübecker und Nürnberger Resolution handelt, sich selbst außerhalb der Partei stellt, eine unnötige Schärfe in die Verhandlungen. Nachdem Genosse Bebel in seinem Schlusswort die Resolution Zubell für überflüssig erklärt hatte, wurde letztere zurückgezogen. Das konnte um so eher geschehen, als die Ansicht des Parteivorstandes sachlich damit übereinstimmt. Leider brüskierte der Korreferent Genosse Dr. Frank in seinem Schlusswort die radikalere Mehrheit des Parteitages und gab damit die Veranlassung zu der bekannten erregten Mittwoch-Nachtsitzung. Hier haben beide Teile gefehlt, wie ja die Erregung sehr selten die geeignete Stimmung zur Erledigung von wichtigen Angelegenheiten ist. Es ist zu bedauern, daß von der Tribüne des deutschen Parteitages zum Besuch eines Nebenparteitages der Radikalen in einem gegenüberliegenden Lokale aufgefordert wurde. Ferner war die Durchpeitschung des erneuten Antrages Zubell durchaus unangebracht. Trotzdem kann das aber den danach folgenden Auszug der Süddeutschen nicht rechtfertigen. Der Beschluss, der in der Nachsitzung gefaßt wurde, trifft zwar sachlich das Richtige; er war aber nach der von Bebel gegebenen Parteivorstandserklärung durchaus überflüssig. Deshalb habe er, Redner, auch dagegen gestimmt. Man hätte den Weg zu einer gütlichen Vereinigung einschlagen müssen; zumal ja nach der bestimmt Außerung Franks die Süddeutschen in Zukunft die Nürnberger Resolution beachten wollten. Wenn nun die bürgerliche Presse glaubte, die Mittwoch-Nachtsitzung hätte die Partei gespalten, so zeigte schon der Donnerstag, daß man sich getrennt hatte. Die Süddeutschen waren größtenteils wieder erschienen. Ein erhebendes Gefühl war es, als dann bei der Beratung der Wahlrechtsfrage die Vertreter Bayerns, Württembergs und Badens erklärten: wir wollen mitkämpfen mit den norddeutschen Brüdern für Volksrechte, Volksfreiheit und Glück. Wenn es gilt, gegen den gemeinsamen Feind zu marschieren, so ist die Partei einig, wie sie es stets gewesen ist. Redner streift dann noch kurz die weiteren Verhandlungen und kommt zu dem Schluß, daß der Parteitag, der die Gegner in Wut gebracht habe, ernste Arbeit geleistet hat für die Sozialdemokratie. Disziplin muß geübt werden von allen Genossen und es ist wohl zu erwarten, daß auch die Süddeutschen das in Zukunft beachten werden. (Bravo!)

Genosse Brohm führte etwa folgendes an: Leider fehlte in diesem Jahre auch der langjährige Vorstehende unserer Parteitage, der Genosse Paul Singer. In seiner Stelle wurde der Genosse Dieck, ein Lübecker Kind, das allerdings schon seit einem Menschenalter in Süddeutschland lebt — mit dem Vorsteh betraut. Aus dem Referat des Genossen Pfannkuch über den Vorstandsbericht ging hervor, daß in überwiegendem Maße die sozialdemokratische Partei der Träger des öffentlichen politischen Lebens in Deutschland ist. Das beweise die Tatsache, daß wir in 395 Reichstagswahlkreisen feste Organisationen haben, daß 80 000 Mitgliederversammlungen und 14 000 öffentliche Volksversammlungen im Laufe des Bechtsjahres abgehalten worden sind. Über 23 Millionen Flugblätter und gegen 3 Millionen Broschüren und Agitationkalender sind von den tätigen Genossen in dem letzten Jahr verbreitet worden. Und allüberall war ein siegreicher Vormarsch der Partei zu verzeichnen. Die Zahl der Parteimitglieder beträgt $\frac{1}{4}$ Millionen. Angesichts der $\frac{1}{4}$ Millionen Gewerkschaftler und der $\frac{1}{2}$ Millionen Reichstagswähler durfte sie uns indes noch nicht befriedigen. Auch unser alter Finanzminister, der Genosse Albin Eisner war durch sein Ehrenleben am Erscheinen verhindert. In seiner Stelle ersetzte Genosse Ebert den Kassenbericht. Nach dem vom Genosse Laden gegebenen Bericht der Kontrollkommission trat die Antragsguillotine in Kraft. Was von den eingegangenen Anträgen zu Agitation und Organisation nicht genügend unterstellt wurde, fiel in den Ofen. Die ausgestellten Anträge wurden mehr oder weniger ausführlich begründet. Hierauf referierte der Genosse Müller-Berlin über die Maifeier. Das Ergebnis der Debatte war, daß jede Anerkennung verworfen wurde. In Stelle Singers berichtete Genosse Richard Fischer-Berlin über den Internationalen Kongreß von Kopenhagen. Lobend sei der Internationalen, daß der Kongreß keine Beschlüsse nur unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in den einzelnen Ländern gefaßt habe. So konnten überhaupt nur Beschlüsse aufzutreten kommen. Zur Budgetfrage berichtete Redner kurz über das glänzende Referat Bebels und das nicht minder großzügige Korreferat des Genossen Frank. Es war als sicher anzunehmen, daß die zweitägige Riedelschlächt mit einem versöhnlichen Ausklang enden würde, nachdem

Genosse Haas den Beschränkungsantrag Zubell nach Bebels Schlusswort zurückzog. Leider habe der Genosse Frank in seinem Schlusswort nicht nur einen provozierenden, sondern auch einen triumphierenden Ton angeschlagen. Er habe die Mehrheit mit Spott und Spott überschüttet, statt eine Erklärung abzugeben. Er fühlte eben die Siegesstrophe schon in seiner Hand. Aber durch seine Provokation sei sie ihm wieder entglippt. Allerdings sei er nicht der einzige, der entgleist sei. Auch der in der Höhe der Leidenschaft erfolgte häßliche Angriff Bebels auf Beus müsse verurteilt werden, das hätte ersterer auch hinterher bereut. Der Ausgang sei bekannt: Mit 300 gegen 81 Stimmen sei die Vorstandsresolution angenommen worden. Damit konnte man sich begnügen. Die Art wie nach dreizehnstündiger Tagung in mitternächtlicher Stunde der neue Antrag Zubell durchberaten wurde, habe gegen die Überlichkeit verstochen. Nur aus dem Grunde und um für die Einheit der Partei zu wirken, habe er den Antrag Zubell abgelehnt. Wenn natürlich die Gegner vom Schlag der "Lübschen Anzeigen" von Skandalen und dem Anfang der Spaltung schreiben, so hätte der parlamentarische Bericht des Genossen Noske mit seiner Front gegen das persönliche Regiment und die Brotwuchs- und Schnapsblockparteien das Gegenteil bewiesen. Den Höhepunkt des Parteitages habe die Debatte über die Wahlrechtsfrage gebracht. Die erhebenden Kundgebungen der süddeutschen Parteiführer hätten die Einheit der Partei in allen großen Fragen im schönsten Lichte gezeigt und den Gegnern die Freude verdorben. Hier seien dann auch die Enthüllungen des Genossen Limberg-Essen über den Kriegsplan gegen hungrende, streifende Arbeiter ein, der von dem Kriegsministerium bis auf das kleinste ausgearbeitet ist und die schärfsten Protestkundgebungen des Parteitages auslöste. Es folgte dann das Referat des Genossen Fleizner-Dresden über das Geschäftsfeld zu wessen, der im Sinne des Kopenhagener Beschlusses sprach und es jedem Genossen nahelegte, die Mitgliedschaft im Konsumverein zu erwerben und die Genossenschaften mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Nachdem dann ein Antrag Frankensteins den Genossen auch weiterhin den Schnapsboykott empfahl und Genosse Schulz gegen die Maßnahmen der Berliner Behörden zu den Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft protestiert und die Wahlen erfolgt waren, kam man zum Schluß. Der Genosse Dieck kam in seinem Schlusswort auch auf unsere Taktik bei den kommenden Wahlen zu sprechen, über die die Gegner schon ganze Klubline verschriften. Sie sei bekannt: wo wir nicht aus eigener Kraft siegen können, werden wir den Liberalen herausheben, wenn dann auf Seiten der letzteren ebenso verfahren würde, hätte das lehre Stündlein des Schnapsblocks geschlagen. Redner bemerkte dann, daß der Magdeburger Parteitag schwere Entladungen gebracht hätte, aber er sei mit einem reinigenden Gewitter zu vergleichen. Die Partei sei einig. Die schadenlosen Hoffnungen der Gegner zuschanden geworden. Einig und voller Siegeszufriedenheit ziehen wir den neuen Kämpfen entgegen.

In der Diskussion über diese Berichte bemängelte Genosse Schmidt, daß die Tagesordnung der Versammlung so reichhaltig sei, daß man der Ansicht sein könnte, es solten die einzelnen Punkte durchgepeitscht werden. Er bedauerte, daß von den Lübecker Delegierten niemand zur Wahlrechtsfrage gesprochen hätte und stellte sich im übrigen auf den Standpunkt der Parteitagsmehrheit. Von Vorsitzenden wird es entschieden, ausrückgewiesen, daß irgendeine Beratungsgegenstand durchgepeitscht werden sollte. Genosse Mehrtlein ist der Ansicht, daß auf dem Parteitag der Geist der Brüderlichkeit gefehlt habe. Nicht die radikale Phrase darf maßgebend sein, sondern es muß praktische Arbeit geleistet werden. Er, Redner, hätte — wenn er in Magdeburg gewesen wäre — nicht nur gegen die Resolution des Parteivorstandes gestimmt, sondern wäre mit den süddeutschen Genossen aus dem Saal gegangen. Man muß bei der Erörterung der Budgetfrage auch die großen Unterschiede zwischen Süd- und Norddeutschland in Betracht ziehen. Es war nicht notwendig, daß zur Wahlrechtsfrage von jedem Bundesstaat ein Delegierter das Wort nahm. Genosse Frank findet die Hofsängerei der Badenser ganz unbegreiflich. Genosse Stellung ist mit der Haltung der Lübecker Delegierten in der Budgetangelegenheit einverstanden und bedauert gleichfalls die unnötige Verschärfung der Situation in der Mittwoch-Abendstiftung. Die Süddeutschen hätten aber nicht hinausgehen dürfen. Was die Leistung praktischer Arbeit anlangt, so ständen die Radikalen in keiner Beziehung darin hinter anderen zurück. Darauf wurde ein Antrag auf Beratung angenommen.

Die "große" Straßenbahnbvorlage wurde gestern abend vom Bürgerausschuß in einer außerordentlichen Sitzung verabschiedet und beschlossen, der Bürgerschaft folgende Vorschläge zur Mitgenutzung zu empfehlen: 1. Einbau eines zweiten Gleises in der Israelsdorfer Allee von der Adolfstraße bis zum Kirchhof und Verlegung der Endhaltestelle aus der Straße hinter die östliche Baureihe. (34 000 M.) 2. Einbau eines zweiten Gleises in der Breitenstraße, in der Sandstraße, am Kohlmarkt und in der oberen Holstenstraße, sowie Herstellung der Weiden- und Kreuzungsanlagen auf dem Kreuz-Breitestraße-Kohlmarkt-Sandstraße unter Fortfall des Gleises in der Wahnstraße. (24 725 M.) 3. Entgegen dem Antrag seiner Kommission Einbau einer Ausweiche, abweigend von der Holstenstraße und einer Endhaltestelle auf der Südseite des Marktplatzes (12 000 M.) 4. Gleichfalls gegen den Antrag seiner Kommission Einbau des Gleises in der Radeburger Allee bis zur Kuhhirschstraße (63 400 M.) 5. Ablehnung des Einbaues des zweiten Gleises auf der Strecke vom Moltkeplatz-Moltkestraße-Hüxtertor-Allee, Einbau des Gleises in der Königstraße zwischen Hüxtertor- und Wahnstraße (49 400 M.) 6. Einbau des Gleises in der Moisslinger Allee vom Lindenplatz bis zur St. Lorenzschule (56 000 M.) 7. Einbau eines Gleises in der Friedhof-Allee bis zum Vorwerker Friedhof (36 700 M.) 8. Einbau des Zuführungsgleises nach der Wagenhalle in St. Lorenz (9905,88 M.) 9. Herstellung einer Gleisumführung am neuen Bahnhof (bereits ausgeführt) 26 531,62 M.; ferner die von seiner Kommission beantragten Beträge für 1. den Einbau eines zweiten Gleises an der Unterstraße und in der Beckergrube (45 455 M.) 2. die Bahnanlage in der Königstraße von der Pfaffenstraße bis zum Gelbplatz (15 000 M.) 3. eine Gleisverbindung von der Königstraße in die große Burgstraße, eine Rechtsabzweigung im Doppelgleis und eine Weiche (3700 M.) 4. eine Gleisverbindung von der Pfaffenstraße in die Königstraße (14 000 M.) sowie die sämtlichen Positionen des Rolenanfalles der Staatsvorlage unter B. Neubau einer Wagenhalle 40 000 M.; Neubau einer Werkstatt einschließlich Ausrüstung 37 000 M.; Beschaffung von 12 Motorwagen, 6 Anhängewagen usw. 195 629,53 M.; Spezialfahrzeuge nach St. Lorenz 9500 M.; Beschaffung von Uniformen 10 000 M.; Erneuerung und Modernisierung der bestehenden Anlagen 80 000 M.; sonstige Kosten aller Art 19 628,45 M.; sowie für Bauleitung und Innenausbau des neu gebauten Hauses des Bierbrauers Klaus Jägermann in Brand. In dieser Zeit brannte das Haus nieder. Auch die Möbel sind verbrannt, ferner kamen vier Schweine in den Flammen um.

Endlich beschloß der Bürgerausschuß nach dem Vortrage seiner Kommission, den Senat zu erufen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht durch Benutzung der Fleischhauerstraße oder der Johannisstraße zwischen dem Hüxtertor und dem Bahnhof eine fünfminütige Verbindung hergestellt werden kann sowie die weiteren von der Kommission beantragten Erfüllungen, nämlich 1. unter Berücksichtigung der Gabe des Gemeindevorstandes von Moisslinger Allee bis zum Moisslinger Baum und 2. die Errichtung einer Wartehalle an der Ecke der Friedenburger Allee und der Friedhof-Allee in Erwägung zu ziehen, dem Senat entgegenzubringen.

Arbeiterrisiko. Am Neubau des Unternehmers Görls in der Johannisstraße verunglückte der beim Ausschachten tätige Baurbeiter Quellmaß dadurch, daß ein Teil der alten Mauer ins Rutschen geriet und ihm auf die Füße fiel. Herr Dr. Löwenthal war sofort zur Stelle und leistete die erste Hilfe. Hierauf wurde er mit dem Sanitätswagen nach dem Allgemeinen Krankenhaus befördert. Wie schwer die Verletzungen waren, konnte noch nicht festgestellt werden.

Gefundene Gegenstände. Im Monat September dieses Jahres wurden beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert und nicht wieder abgefordert: Diverse Portemonnaies mit Inhalt, sowie lose Geldbeträge, 1 Koralenkette, 1 silbernes Modell 1 sil. Zigaretten-Etui, 1 sil. Brosche und 2 Taschenschläger, 1 silber. Gebiss, 1 Trauring, mehrere Stücke und Schirme, mehrere Päpste mit Zeug- und Waschstückchen, 2 Paar Handschuhe, 1 Damenhandtasche, mehrere Gläser, 2 Schürzen und 1 Huhn.

Abgehaftet. Gefangen worden wurde ein Dienstmädchen von hier, das ihre Herrschaft bestohlen hatte.

Abtretung. Gegen einen hiesigen Goldwarenhändler, welcher flüchtig ist, wurde Anzeige wegen Abtretung erstattet.

Gutin. Bei der heutigen Landtagswahl sah ich für den ausgeschiedenen Lehrer Voth wurde der Lehrgang Groß-Schwartau mit 39 gegen 19 Stimmen, die auf Bürgermeister Mahlstedt-Gutin entfielen, gewählt. Dies sozialdemokratischen Wahlmänner blieben der Wahl fern.

Ottensen. Parteitag für Schleswig-Holstein und für Fürtwangen-Lübeck. Am zweiten Tag fand die Debatte über den Bericht der Presse statt. Es wurden verschiedene Wünsche und Beschwerden geäußert. Ein Antrag auf Vornahme einer Kalkulation über die Kosten einer eigenen Zeitung bzw. eines Kopfblattes für den nördlichen Teil der Provinz wurde der Geschäftsleitung der "Volkszeitung" zur baldmöglichsten Prüfung überwiesen. Den Bericht einer eingesetzten Kommission zwecks Verbesserung der Kolportagen und der Berichterstattung für die "Volkszeitung" erstattete Genosse Künzl in d. f. l. sch. Der Antrag der Kommission aufgelöst darin, die Kolportage nicht, wie bisher, durch die Kreisleitungen zu regeln, sondern dieselbe der Firma Haale u. Co. in Kiel auf deren Rechnung zu übertragen. Die Genossen des 6. und 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreises, sowie des Fünfzehnten Lübeck erklären, daß sie sich bei dieser Angelegenheit der Abstimmung enthalten, da sie hierbei nicht in Frage kommen. Der Kommissionsantrag wurde nach langer Debatte schließlich angenommen.

Über Wahlrechtsfrage und Reichstagswahl sprach in ein gehender und interessanter Weise Genosse Ed. Adler. Redner wies darauf hin, daß es zunächst unsere Aufgabe sein müsse, wirklich einen Parlamentarismus und wahre Demokratie zu erstreben. Setzt das gelungen, dann sei die Wahl frei zur Errichtung unseres Endziels. Als Hindernisse des wirklichen Parlamentarismus und der Demokratie treten das preußische 3-Klassen-Wahlrecht und der schwarzblaue Block des Reichstages in die Erscheinung. Nach einer Schilderung der Ursachen der Ohnmacht des preußischen Landtages, sowie der unheilvollen Tätigkeit des schwarzblauen Blocks ging Redner auf den selbstherlichen Kurs und dessen Begleiterleidenschaften ein. Reaktion in Preußen, Reaktion im Reiche setzt an der Tagesordnung. Dieser Reaktion gelte der Wahlrechtskampf in Preußen. Mit verschärfsten Mitteln, mit größerer Rücksichtslosigkeit sei dieser Kampf zu führen, trotz aller schamlosen Machinationen der Gegner und ihrer Organe, trotz der Opfer, die dieser Kampf mit sich bringt. Aber auch auf dem Gebiete der Reichstagswahl müssen wir gerüstet sein, unbekümmert um die Prophezeiungen der Gegner. Redner entwarf sodann ein treffendes Bild von den einzelnen gegnerischen Parteien. In dem Reichstagswahlkampf dürften wir unser Ziel nicht verfehlern, sondern freilich und offen kämpfen. Von Kompromissen beim ersten Wahlgang könne keine Rede sein. Unsere Taktik im zweiten Wahlgang sei heute noch nicht festzulegen; es können nur allgemeine Richtlinien gegeben werden. Eine einheitliche Taktik in ganz Schleswig-Holstein müsse diesmal befolgt werden. Es sei notwendig, daß unsere Unterstützung bürgerlicher Gegner in der Stichwahl möglich sei; Fort mit dem schwarzblauen Block! Fort mit dem Dreitassenwahlrecht! (Lebhaftester Beifall.)

Genosse v. Elm verries darauf, daß unsere Gegner im Falle eines für uns günstigen Wahlausfalls mit einer Auflösung rechnen. Deshalb müssen wir den kommenden Wahlkampf grundsätzlich führen. Wir müssen nicht nur für den kommenden Wahlkampf rüsten, sondern für alle uns bevorstehenden Kämpfe. Genosse v. Elm verries darauf, daß unsere Gegner im Falle eines für uns günstigen Wahlausfalls mit einer Auflösung rechnen. Deshalb müssen wir den kommenden Wahlkampf grundsätzlich führen. Wir müssen nicht nur für den kommenden Wahlkampf rüsten, sondern für alle uns bevorstehenden Kämpfe.

Genosse Müller vom Parteivorstand verries gegenüber einem Diskussionsredner darauf, daß ein Massenkrieg nicht gemacht werden kann, sondern daß er aus sich selbst heraus spontan entsteht müsse.

Genosse Legien unterstützte diese Ausführungen. Hauptaufgabe sei jetzt für uns, unsere Organisationen zu stärken, um jederzeit gerüstet zu sein.

Genosse Baumann fordert auch die Genossinnen auf, an dem Kampfe der Genossen einen Anteil zu nehmen.

Bon. seit der Agitationskommission waren zwei Vorschläge für die späteren Delegiertenwahlen zum Internationalen Kongreß gemacht. Diese Vorschläge sollen auf Antrag Stellung Lübeck zunächst in den Kreis-Generalversammlungen erörtert werden.

Fortsam soll der Bremerzialparteitag in der Regel alljährlich im Oktober stattfinden.

Zum Vorsitzenden der Agitationskommission wurde Genosse Bartels-Altona wiedergewählt.

Der nächste Parteitag findet in Gutin statt.

Mit einem kräftigen Schlußwort des Genossen Bartels wurde der Landesparteitag um 6½ Uhr mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Stade. Gewitterisch ad eu. Bei dem Gewitter, legte ein Blizstrahl das mit Stroh bedeckte Haus des Bierbrauers Klaus Jägermann in Brand. In dieser Zeit brannte das Haus nieder. Auch die Möbel sind verbrannt, ferner kamen vier Schweine in den Flammen um.

Verantwortlich für die Kürse, Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt.

für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung.

Verleger: E. Schröder & Druckerei Meyer & Co.

Gänlich in Lübeck.

8. Distrikt.

Holstentor W.
Versammlung am Donnerstag,
dem 6. Oktober, abends 8½ Uhr,
bei Joh. Meyer, Fackenb. Allee.

Spinnabend, den 1. Oktober, starb
nach kurzem schweren Leid mein
liebe Frau und meiner Kinder liebe-
volle Mutter

Wilhelmine Malon

geb. Stielow.
Lieb vertraut von mir, Kindern
und Enkel. Eduard Malon,
Stockelsdorf-Lohweg.

Heute morgen 5.40 Uhr starb nach
kurzer, aber schwerer Krankheit
meine liebe Frau und meiner Kinder
treue Mutter im Alter von
27 Jahren.

Die Beerdigung findet am Don-
nerstag nachmittag 3 Uhr von der
Kapelle des Vorwerker Friedhofes
statt. Beginn der Trauerfeier 2½
Uhr. Aufnahme 3 Uhr.

Um stilles Beileid bitten.

Die trauernden Hinterbliebenen Carl Kruse nebst Kinder.

Die besten Glückwünsche zur
Silbernen Hochzeit senden wir unserm
Freund Albrecht nebst Gemahlin.
Wilhelm wie hebt Dost E. K. G. L.

Unseren lieben Freunden Heine Gott-
fried Flick zu seinem Geburtstag ein
999 mal donnerndes Hoch, dat dat
ganze Ratschke Hus wackelt.

Hakenburg. Nun räb mal.

Zum 1. Januar gr. frdi. Zweizimmerwohnung zu vermieten
Gneisenaustraße 6.

Zum 1. Januar zweckd. erste
Etage zu vermieten, Pr. 195 Mk.
Kottwitzstraße 33a, II.

Zum 1. Januar gr. Zweizimmer-
wohnung mit Zubehör, 1. Etage,
Preis 200 Mk. Marlstraße 33.

Zu vermieten große Zweizimmer-
wohnung in der Falckensteiner-
Näheres Georgstraße 29.

1 Schuhmacher gesucht.

Näh. Ausfertigungsbetriebe 3.

3 Bettenstellen, 1 Kleiderschrank,
1 Küchenschrank, 1 Küchenstisch,
6 Stühle, 1 Fahrrad mit Freilauf
und Rücktrittbremse wegen Abreise
billig zu verkaufen. Beim Tannenhof 4a.

i satz neues schm. Kleid, Gr. 44,
auch passend zur Konfirmation, zu
verkaufen Untertrave 65, II.

Zu verkaufen 2 starke Wagen-
räder und 1 Waschkübel mit Ge-
sichter Großesstraße 31, pt.

Ein kleines Haus mit Baden u.
Garten nahe Hürtertor zu kaufen
gesucht. Angebot unter F S 15
an die Exped. d. Bl.

Ein gold. Medaillon mit Kette
und Haken am Sonntag von der
Bülow, Marli bis zur Roeckstraße.
Dem ehr. Finder wird gebeten, es
gegen Belohn. abzug. Kottröhre 25.

H. Brickmann, Töpfer,
wohnt jetzt wieder
14 Fütingstrasse 14.

Wohne jetzt Geverdesstr. 36,
Ecke Warendorpstraße.
A. Thien, Schuhmacher.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfohlen

J.H. Stoß, Engelsgrube.
Abreisenden aufbewahrt u. nach-
gesandt werden
Gegenstände aller Art, als: Möbi-
lien, Koffer u. im Lagerhaus und
Speditionsgebaeude Sicherer. 52.

E. Bey, König-
str. 61. & 1811.
Markthal 46.
Seelachs, Schellfische, Lachsen,
Rotsungen, Seete, Plößen.

Sparclub „So h' fallen“.
Gesammlung

am Mittwoch, dem 5. Oktober,
abends 8½ Uhr,
Hütstraße 94.

Gebrüder Oldekop

Käsegrosshandlung

Gesetz 1679.

Detail-Verkauf:

8385. Hüxstraße 8385.

Wir empfehlen aus soeben eingetroffenem Wagon
ca. 15 000 Br. ohne Schweizer Güte,

ihm gelöst u. weiß im Zeig. Bd. 40, 50, 60 u. 70 Br.
solange Vorrat reicht.

Das Herzstück ist einem Holländer und
Schweizer Güte, Bd. 50 Br.

Der Sparclub „Alles da“

5%
Rabatt

Kaiser's Kakao

garantiert rein und leicht löslich,

billig, nahrhaft,

bekömmlich, wohlgeschmeckend

Mk. 1.00 bis Mk. 2.40 das Pfund
Kaiser's Kaffee-Geschäft

G. m. b. H.

Europas grösster Kaffee-Rösterei-Betrieb.

Fabriken in Viersen, Dülken, Spandau,
Breslau, Heilbronn, Basel.

Heute morgen 5.40 Uhr starb nach
kurzer, aber schwerer Krankheit
meine liebe Frau und meiner Kinder
treue Mutter im Alter von
27 Jahren.

Die Beerdigung findet am Don-
nerstag nachmittag 3 Uhr von der
Kapelle des Vorwerker Friedhofes
statt. Beginn der Trauerfeier 2½
Uhr. Aufnahme 3 Uhr.

Um stilles Beileid bitten.

Die trauernden Hinterbliebenen Carl Kruse nebst Kinder.

Die besten Glückwünsche zur
Silbernen Hochzeit senden wir unserm
Freund Albrecht nebst Gemahlin.
Wilhelm wie hebt Dost E. K. G. L.

Unseren lieben Freunden Heine Gott-
fried Flick zu seinem Geburtstag ein
999 mal donnerndes Hoch, dat dat
ganze Ratschke Hus wackelt.

Hakenburg. Nun räb mal.

Zum 1. Januar gr. frdi. Zweizimmerwohnung zu vermieten
Gneisenaustraße 6.

Zum 1. Januar zweckd. erste
Etage zu vermieten, Pr. 195 Mk.
Kottwitzstraße 33a, II.

Zum 1. Januar gr. Zweizimmer-
wohnung mit Zubehör, 1. Etage,
Preis 200 Mk. Marlstraße 33.

Zu vermieten große Zweizimmer-
wohnung in der Falckensteiner-
Näheres Georgstraße 29.

1 Schuhmacher gesucht.

Näh. Ausfertigungsbetriebe 3.

3 Bettenstellen, 1 Kleiderschrank,
1 Küchenschrank, 1 Küchenstisch,
6 Stühle, 1 Fahrrad mit Freilauf
und Rücktrittbremse wegen Abreise
billig zu verkaufen. Beim Tannenhof 4a.

i satz neues schm. Kleid, Gr. 44,
auch passend zur Konfirmation, zu
verkaufen Untertrave 65, II.

Zu verkaufen 2 starke Wagen-
räder und 1 Waschkübel mit Ge-
sichter Großesstraße 31, pt.

Ein kleines Haus mit Baden u.
Garten nahe Hürtertor zu kaufen
gesucht. Angebot unter F S 15
an die Exped. d. Bl.

Ein gold. Medaillon mit Kette
und Haken am Sonntag von der
Bülow, Marli bis zur Roeckstraße.
Dem ehr. Finder wird gebeten, es
gegen Belohn. abzug. Kottröhre 25.

H. Brickmann, Töpfer,
wohnt jetzt wieder
14 Fütingstrasse 14.

Wohne jetzt Geverdesstr. 36,
Ecke Warendorpstraße.
A. Thien, Schuhmacher.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfohlen

J.H. Stoß, Engelsgrube.
Abreisenden aufbewahrt u. nach-
gesandt werden
Gegenstände aller Art, als: Möbi-
lien, Koffer u. im Lagerhaus und
Speditionsgebaeude Sicherer. 52.

E. Bey, König-
str. 61. & 1811.
Markthal 46.
Seelachs, Schellfische, Lachsen,
Rotsungen, Seete, Plößen.

Sparclub „So h' fallen“.
Gesammlung

am Mittwoch, dem 5. Oktober,
abends 8½ Uhr,
Hütstraße 94.

Über 1000 Filialen!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Achtung!

Roslagen, welche bis Freitag
den 7. ds. Mts. ihre Mieteunter-
stützung nicht abgeholt haben, können
für das verlassene Quartal keinen
Anspruch mehr darauf erheben.

Die Ortsverwaltung.

NB. Mittwoch abend, präzise
8½ Uhr, Versammlung der Werk-
stätten- und Bezirksvertrauens-
leute. Keiner darf fehlen!
Ohne Mitgliedsbuch kein Zugang.

Deutscher

Transportarbeiterverband

Mitgliedschaft Lübeck.

Dem gestrigen Inserat betr. Miete-
unterstützung und Werkstätten-Ver-
trauensleute-Versammlung ist ver-
öffentlicht der Titel unserer Orga-
nisation vorgestellt worden. Diese
Benennung ist also für uns
gegenstandlos.

Der Vorstand.

Achtung Männer!

Mittwoch, den 5. Oktober,
abends 8½ Uhr.

Mitglieder-Versammlung

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Gen. Th. Schwarz.

2. Verschiedenes.

Bücher sind vorzuzeigen.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein

Trems-Borwert.

Mitglieder-Versammlung

Mittwoch, 5. Oktober,
abends 8½ Uhr

beim Genossen Schulz, Trems.

Tagesordnung:

Vortrag des Genossen Bromme.

Kapital und Arbeit.

Das Erscheinen sämtlicher Mit-

glieder ist dringend notwendig.

Der Vorstand.

Panorama

Brettesstr. 53. I., 3f.

Vom 2. bis 8. Oktober:

Brüsseler Weltausstellung

1910.

Hansa-Theater

Täglich abends 8½ Uhr.

Krone und Fessel.

Gr. Militär-Ausstattungsstück in
4 Akten (6 Bildern) von Walter
Howard, deutsch v. Siegfried. 3. Bild.

1. Akt: Im Schlosshof von Sol-
grad. 2. Akt: (1. Bild) Im
Militärgefängnis. (2. Bild) Im
Boudoir der Prinzessin von Italia.

3. Akt: Zeltlager des Prinzen
von Montebianco. 4. Akt: (1. Bild)
Kriegszelt des Fürsten von Ser-
bonien. (2. Bild) Zeltlager des
Prinzen von Montebianco.

Vorzungskarten (an der Abendkasse
umzutauschen) haben Gültigkeit.

Stadthallentheater.

Donnerstag, 6. Oktober. 8 Uhr.

Das Glas Wasser.

lustspiel von Scribe.

Borverkauf täglich in den bekannten
Stellen bei Nagel, Markt 14, und
Ros. Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.

Mittwoch, 5. Oktober. 7½ Uhr.

Inner Abonnement!

Bei kleinen Freuden!

Der Graf von Luxemburg.

Operette von Franz Lehár.

Die Förster Christl.

Operette von Georg Zattni.

Sparclub „Alles da“

Gesammlung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal.

2. Stellungnahme zur Gaukonferenz und Wahl der

Delegierten.

3. Bericht der Tarifkommission.

4. Bericht vom Gewerkschaftshaus.

5. Verschiedenes.